

Arbeiter-Zeitung

A

ersch. 1891
wöchentl. 42 Pf.
monatlich 2,15
abonnentl. 20,-
Sammlungsabonnem.
interaktive ober d.
Sauptredaktion in

Da wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 480 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorber-
band). Fernsprecher 489 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 480 89.

Kundgebung der Reichsregierung

Reichsregierung und Preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung:

„Berlin, den 23. August 1932.

Gezungen durch Gewalttaten im innerpolitischen Kampf, welche das Ansehen des Reiches aufs schwerste gefährdeten, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muß sie gleichmäßig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verlehrt, ohne Ansehen der Partei oder der Person Anwendung finden. Die Reichsregierung wird nötigenfalls alle Machtmittel des Staates einsetzen, um den Vorschriften des Rechts unparteiisch Geltung zu verschaffen, und wird nicht dulden, daß sich irgendeine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt. Ebensovienig wird sich die Preussische Staatsregierung durch politischen Druck in der pflichtmäßigen Prüfung beeinflussen lassen, ob sie ihr Begnadigungsrecht im Falle der Beuthener Todesurteile ausüben kann.

Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen diese Urteile erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gesamtheit zu so scharfen Maßnahmen greifen mußte.

Die Reichsregierung wird jedem Versuch, die Grundsätze des Rechtsstaates zu verfälschen und die politischen Leidenschaften zu erneuten Ausschreitungen aufzustacheln, zu begegnen wissen.“

Das Aufrüstungsprogramm des deutschen Imperialismus

Kanonen statt Brot!

Verstärkte Gefahr neuer imperialistischer Kriege! — Milliardenausgaben für die Kanonen- und Giftgaskönige — Arbeiter! Macht vor allem die Betriebe mobil für die Durchführung der Beschlüsse des Amsterdamer Antikriegskongresses!

Nachdem Reichswehrminister von Schleicher in der Zeitschrift „Der Heimatdienst“ und in einem Interview mit dem Korrespondenten des italienischen Faschistenblattes „Resto di Carlino“ in großen Zügen das aufsehenerregende Aufrüstungsprogramm des deutschen Imperialismus angekündigt hatte, teilt nunmehr die französische Presse mit, daß der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, dem französischen Außenminister ein Memorandum überbracht habe, das ihm von der deutschen Reichsregierung in der Frage der Verklärung und Umorganisation der Reichswehr überreicht worden ist. Sowohl die französische Regierung als auch die deutsche Regierung lassen vorläufig noch nichts über den Inhalt dieser deutschen Note verlauten. Dagegen jedoch verrät die Pariser Presse jetzt schon, welche Forderungen die deutsche Reichsregierung aufgestellt hat. Es soll sich im wesentlichen um folgende zehn Punkte handeln:

1. Änderung des augenblicklichen Rekrutierungssystems und Herabsetzung der 12jährigen Dienstzeit bei der Reichswehr.
2. Einrichtung eines Zwischendings zwischen Berufswehr, allgemeiner Dienstpflicht und Militärsystem.
3. Erhöhung der Ziffern des stehenden Heeres auf 300 000 Mann.
4. Wiedereinführung der schweren Artillerie.
5. Schaffung eines Korps von Tankregimentern.
6. Einrichtung einer vollständigen Militärfliegererei.
7. Einrichtung von Militärfliegerschulen.
8. Ergänzung der Kriegsmarine durch Bau von Großkampfschiffen, U-Booten und Flugzeugmutter Schiffen.
9. Bau von Festungswerken an allen Reichsgrenzen.
10. Schaffung von 35 Rüstungsbetrieben.

Es ist ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm, das Milliarden erfordert, das von der herrschenden Klasse angekündigt wird. In den letzten Tagen hat der französische Abgeordnete Fernbourg, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, in Berlin mit Papen und dem Reichswehrminister von Schleicher verhandelt. Das Aufrüstungsprogramm ist also für die französische Bourgeoisie nicht nur keine Überraschung, sondern alles deutet darauf hin, daß die französische Bourgeoisie, wenn auch nicht in dem gewünschten Umfang, mit einer verstärkten deutschen Kriegsrüstung einverstanden ist. Schon in Lausanne, wo Papen die Verpflichtungen zu weiteren Tributzahlungen unterschrieb, wurde über die Aufrüstungsfrage verhandelt. Es bedarf keines großen Scharfsinns, um zu erkennen, gegen wen das Aufrüstungsprogramm gerichtet ist.

Aber nicht nur die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion verstärkt sich, auch die Gefahr neuer Zusammenstöße

zwischen imperialistischen Staaten wird erhöht. So leidenschaftlich das deutsche Proletariat gegen die Tributsklaverei und gegen die Unterdrückungspolitik der kapitalistischen Regierungen der „Siegerestaaten“ kämpft, so entschlossen führen die Arbeiter aller Länder den Kampf gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen. Der Vorstoß der deutschen Bourgeoisie, der keineswegs geeignet ist, der Tributsklaverei ein Ende zu machen, bedeutet für den deutschen Arbeiter Marm!

Alle, die sich nicht wieder für kapitalistische Interessen auf die Schlachtfelder des imperialistischen Krieges schicken lassen wollen, müssen in der antifaschistischen Einheitsfront zusammenstehen und gegen die ungeheuerlichen Rüstungspläne der Imperialisten kämpfen.

Aber nicht nur die erhöhte Gefahr neuer imperialistischer Kriege wird die deutschen Arbeiter alarmieren, auch der Gedanke an die Milliarden, die das Aufrüstungsprogramm erfordern würde, ruft zur Gegenwehr heraus! Denn niemand als das werktätige Volk soll doch diese neuen Milliardenlasten tragen. Die herrschende Klasse, die die Arbeitslosenunterstützung, die Invaliden- und Altersunterstützung sowie die Kriegsbeschädigtenrenten drakonisch gekürzt hat, will jetzt ein Rüstungsprogramm durchführen, das Milliarden erfordert. Neuer Unternehmungsabbau, weiterer Lohnabbau, weiterer Abbau aller sozialen Ausgaben wären notwendig, um die Pläne durchzuführen.

Aber schon heute ist die Lage des werktätigen Volkes unerträglich und das hungernde Volk fordert Brot anstatt Kanonen. Die Arbeiterschaft wird um Lohnerhöhungen und um höhere Unterhaltungen kämpfen. Glaube kein Arbeiter den Nazischwindel, daß die Kriegsrüstungen vermehrte Arbeitsmöglichkeit schaffen würden. Wenn die Rüstungsfabriken Arbeitsmöglichkeit bekommen, wird, um dafür die Mittel zu schaffen, die Lebenshaltung des werktätigen Volkes auf ein so tiefes Niveau gedrückt werden, daß dafür die übrigen Gewerbezweige und Industrien weitere Hunderttausende und Millionen von Arbeitern auf die Straße werfen werden.

Auf die Kriegsrüstungspläne des deutschen Faschismus, auf die Verhandlungen mit den französischen Eintreibern des Antisowjetkrieges muß das deutsche Proletariat mit verstärktem antifaschistischem Kampf antworten.

In den Betrieben liegt die Kraft, die allein imstande ist, die blutigen Kriegspläne der internationalen Imperialisten zunichte zu machen und die Verteidigung der Sowjetunion und aller Werktätigen zu sichern.

Amsterdam hat das Signal gegeben und die herrschenden Klassen sollen sicher sein, daß sie Sturm ernten werden, wenn sie Wind säen.

Das Sondergericht in Tätigkeit

37 Monate Gefängnis für fünf Antifaschisten

Waldburg, 2. September. Vor dem Sondergericht in Waldburg fand am Donnerstag die Verhandlung gegen sechs antifaschistische Arbeiter statt, die wegen öffentlicher Zusammenrottung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung angeklagt waren.

Am 18. Juli d. J. zog ein auswärtiger SA-Sturm durch den Arbeiterort Weisstein. Es kam dabei zu Auseinandersetzungen, die von der Polizei mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben wurden. Bei dieser Gelegenheit sollen die sechs angeklagten Arbeiter Widerstand geleistet haben. Keim Polizeibeamte waren als Belastungszeugen geladen.

Aus den Aussagen der Angeklagten war zu ersehen, daß die Schupo beamteten brutal auf die Arbeiter eingeschlagen haben, um dem Nazisturm den Weg freizumachen. Die Aussagen der Angeklagten fanden weder beim Gericht noch beim Anklagevertreter Gehör.

Staatsanwalt Schramm beantragte für die Angeklagten Schubert,

Richard und Wannel Gustav je ein Jahr Zuchthaus, für die Angeklagten Joppich Richard und Bauch Gustav je ein Jahr Gefängnis, für den Angeklagten Drabek Josef neun Monate und den Angeklagten Rosen Hermann sechs Monate Gefängnis, sowie sofortige Haft.

Der Rechtsanwält zerpflückte die Anklage bis in alle Einzelheiten und beantragte Freispruch für alle Angeklagten. Selbst der Schupo-beamte Scholz konnte den als Rädelsführer angeklagten Schubert nicht als solchen bezeichnen.

Das Gericht verurteilte die Arbeiter Schubert und Wannel zu je acht Monaten Gefängnis, Joppich, Bauch und Drabek zu je sieben Monaten Gefängnis, während Rosen freigesprochen wurde.

Klassengenossen! Protestiert in den Betrieben und auf den Stempelstellen gegen dieses Klassenurteil. Fordert die Befreiung der Sondergerichte und die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Zum 18. Internationalen Jugendtag

Von Ernst Scheller.

Vor 25 Jahren fand im Anschluß an den Kongreß der Internationalen in Stuttgart die erste internationale Konferenz der arbeitenden Jugend statt. In den 25 Jahren ist die revolutionäre Bewegung der arbeitenden Jugend zu einem immer wichtigeren Faktor der gesamtrevolutionären Bewegung geworden. Es soll hier nicht auf die einzelnen Entwicklungsphasen eingegangen werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die revolutionäre Arbeiterjugend während des Krieges gerade in Deutschland unter der Führung von Karl Liebknecht unter großen Opfern die entscheidendste antimilitaristische Massenarbeit und die erste Antikriegsarbeit geleistet und in diesen Kämpfen einen wertvollen Stamm von Funktionären für den Aufbau der kommunistischen Partei geschaffen hat. Im Ruhrkampf 1923 hat die kommunistische Jugend im besetzten Gebiet die erfolgreichste Arbeit unter den Belagerungsgruppen durchgeführt und ein leuchtendes Beispiel der revolutionären Massenarbeit auf diesem Gebiete geschaffen.

Wir stehen gegenwärtig in Deutschland vor entscheidenden Kämpfen. Die Bedeutung der Kämpfe der Jugend ist heute größer als je. Es ist eine ernste Frage, ob wir dieser Bedeutung entsprechend wirklich alles getan haben, um dem Jugendverband und der arbeitenden Jugend die Erfüllung dieser Aufgabe zu erleichtern. Genosse Thälmann hat auf dem Februar-Plenum des ZK. und auf den verschiedenen Tagungen der Parteifunktionäre in den letzten Monaten mit aller Eindringlichkeit darauf hingewiesen, daß hier ein Aufgabengebiet vor uns liegt, das große Erfolge ermöglicht — dessen Vernachlässigung aber auch bittere Folgen für die gesamte revolutionäre Bewegung haben muß.

Die faschistische Bewegung macht die größten Anstrengungen, den maßgebenden Einfluß unter der arbeitenden Jugend zu erzwingen. Allerdings muß der „Völkische Beobachter“ (2. August) feststellen, „daß die arbeitende Jugend nicht zu begreifen fähig ist, was die NSDAP. auch für sie bedeutet“. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß die arbeitende Jugend das wirklich begreift!

Die arbeitende Jugend wird von der Arbeitslosigkeit unerhört hart betroffen. Hunderttausende Jungarbeiter sind ohne jede Unterstützung, die übrigen werden durch den „freiwilligen“ Arbeitsdienst gezwungen, wenn sie nicht der Unterstützung vorläufig gehen wollen, für zwanzig oder vierzig Wochen zu den elendesten Bedingungen in den faschistischen Arbeitsdienstlagern zu arbeiten. Schon jetzt ist der „freiwillige“ Arbeitsdienst fast vollständig zur Zwangsarbeit geworden. Weitere Verschärfungen sind angekündigt. In diesem Arbeitsdienstheer soll eine große faschistische Armee gegen die Arbeiterbewegung und ein Heer gegen die Sowjetunion herangezogen werden.

Die Arbeitsdienstlöhne sollen die Richtschnur für die Löhne in der Industrie abgeben, die Arbeitsdienstarmee soll Streikbrüche werden — ebenso wie sie das Reservoir für die Umbildung der Reichswehr zum Massenheer bilden soll. Zugleich gibt das Arbeitsdienstheer Zehntausenden von SA- und SS-Führern feste Staatsstellung, zu deren Sicherung die Arbeitsdienstformationen vollständig faschistisch verpackt werden sollen.

Der Kampfwiller der arbeitenden Jugend wächst. Die antifaschistische und antimilitaristische Arbeit des kommunistischen Jugendverbandes zeitigt ihre Früchte. In den Kämpfen der Antifaschistischen Aktion gegen Nazimordterror stehen Jungarbeiter in der ersten Reihe. Dieser Kampf der Jugend wird von der Bourgeoisie mit besonderem Haß verfolgt. Die Sondergerichte verhängen schwere Zuchthausurteile gegen junge Antifaschisten, wie gegen Schmidle, der 10 Jahre Zuchthaus erhielt! Aber die Antifaschistische Aktion wächst. In zahlreichen Arbeitsdienstlagern ist es zu Aktionen und zu Streiks gekommen. Wie viel mehr wird die Bewegung erst anwachsen, wenn die gesamte Partei sich auch ihrerseits der Bewegung annimmt, wenn die Aktionen verbunden werden mit den Stempelstellen und mit den Bewegungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben. Sei aller Tariflockerung kommen die Jungarbeiter und Arbeiterinnen zuerst dran!

Hier ist die Frage unserer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eindringlicher als auf jedem anderen Gebiete der Arbeit gestellt. Für den Internationalen Jugendtag müssen wir in Deutschland — da wir in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit noch weit hinter den Möglichkeiten und Notwendigkeiten zurückbleiben — gerade diese Aufgabe stellen. Wir erinnern an die Thesen des 8. Zentralrats der KZJ., in denen es heißt:

„Die Gewinnung der Jungarbeiter und Lehrlinge für die Teilnahme am allgemeinen Kampf sowie die Organisierung und Durchführung selbständiger Kämpfe der Jugend um ihre Forderungen — dies ist die Voraussetzung für die Eroberung der Massen der Arbeiterjugend.“

Diese Arbeit ist in der Durchführung der Einheitsfrontpolitik um so notwendiger, als die Gewerkschaften immer stärker die Jugendfrage als ein Problem des Kampfes gegen die angebliche „Verwildering der Jugend“, als ein bürgerlich-faschistisches Ge-

Liegiger Metallarbeiter lehnen Lohnabbau-Schiedspruch ab

Mit 218 gegen 4 Stimmen — Kollegen! Wartet nicht auf die Parolen der Gewerkschaftsbürokraten, sondern nehmt geschlossen den Kampf auf!

Liegnitz, 1. September. Der für die Liegnitzer Metallindustrie gefällte Schiedspruch auf 4 Prozent Lohnabbau ist von den Metallarbeitern mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Die stattgefundene Abstimmung für oder gegen den Schiedspruch zeitigte folgendes Ergebnis: 218 haben gegen und 4 für Lohnabbau gestimmt.

Diese Abstimmung zeigt, daß die Liegnitzer Metallarbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht mehr gewillt sind, den Lohnraub hinzunehmen. Dieses Bekenntnis zum Kampf muß realisiert werden. Die Kollegen müssen die Führung des Kampfes durch die Wahl von Kampfleitungen selbst in die Hand nehmen. Paktet sofort Vorkaufsstellen zusammen ab und faßt dementsprechende Beschlüsse. Jedes Zögern auf Auflösung des Streiklumpes führt nur dem Unternehmer.

Kollegen! Wartet nicht auf die Parolen der Gewerkschaftsbürokraten, sondern greift geschlossen zur Waffe des Streiks gegen jeden Pfennig neuen Lohnabbau, wenn ihr verhindern wollt, daß euch und euren Familien die Brotkrone noch weiter gekürzt werde. Der Reichstanzler Papen hat am vergangenen Sonntag in seiner Rede in Münster das neue Lohnabbau-Programm der deutschen Unternehmer verkündet. Durch die Beseitigung des Tarifrechts sollen auch eure Hungerlöhne noch weiter gesenkt werden.

Die belgischen Bergarbeiter, die englischen Textilproleten streiken gegen Lohnraub. Hunderttausende eurer Klassenbrüder haben zur scharfen Waffe des proletarischen Klassenkampfes, zum Streik gegriffen. Wenn es den belgischen und englischen Klassengenossen nicht

gelingen sollte, die Hungerpläne der Kapitalisten siegreich abzumachen, dann ist ihre Niederlage auch eure Niederlage und umgekehrt. Siedet euer Sieg! Deshalb müssen auch die deutschen Arbeiter alle Solidarität üben. Die beste Solidarität ist die Führung des euren Streiklumpes gegen Lohnraub und faschistische Hungerdiktatorien!

Hallo Genossen! Hier herhören!

Papen sagt, ich führe das faschistische Programm durch! Ihr habt den vergangenen Landsonntag vernachlässigt, deshalb

trommeln wir zum Sturmangriff

für Sonntag, den 4. September, dem letzten Landsonntag der Antifaschistischen Betriebswochen.

Einige Instrukteursgebiete haben bis jetzt völlig versagt, andere haben sich nur auf Verkauf von Material beschränkt, aber keine Gutsellen der KZD. und keine Bauernkomitees sind geschaffen.

Landarbeiterstreiks brechen, wie in Gramschütz, spontan aus und werden von Nazis abgewürgt. Steigt euch da nicht die Schamröte ins Gesicht?

Hinaus am letzten roten Landsonntag!

Holt das Veräumte nach, schafft Gutsellen und Bauernkomitees, organisiert endlich Massenkämpfe! Mobilisiert den roten Massen selbst! Schuß zur Unterstützung und Verteidigung der Streiks!

Wo bleiben die Berichte? Am Dienstag, dem 6. September, ist der letzte Meldetermin der Rußland-Delegation! Verstärkt die Sammelaktion für die Bauern-Rußland-Delegation! Berichtet über die Erfolge!

Zwei neue Zeitungsverbote

Berlin, 2. September. (Eig. Drahtber.) Der Berliner Polizeipräsident hat das kommunistische Organ für Brandenburg-Lausitz, das „Volkswacht“, und die kommunistische Zeitung für Pommern, die „Volkswacht“, bis zum 15. September einschließlich verboten.

ziehungsproblem stellen, ebenso wie das Reichsbanner, wie die Zeitung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und eine ganze Reihe von Führern der SA. Hier gilt es, im Zusammenhang mit den Lohn- und Lehrlingsfragen vorzustößen. Gegen die Stellungnahme der sozialfaschistischen Bürokratie muß sich ein Sturm erheben, der in den Massenaaktionen der arbeitenden Jugend gegen Jugend- und Kinderausbeutung, gegen die Beseitigung der Rechte und Freiheiten der arbeitenden Jugend seinen stärksten Ausdruck finden muß.

Hören wir den Beschluß des Verbandstages der Schuhmacher, der vor wenigen Tagen gefaßt wurde:

„In der Schaffung eines freiwilligen Arbeitsdienstes konnte jedoch der Verbandstag ein brauchbares Mittel erblicken, den jungen Arbeitslosen wieder das gleiche Gleichgewicht zu geben und dieselben dem demoralisierenden Einfluß langanhaltender Arbeitslosigkeit zu entziehen.“

In diesen Tönen wird wie von den Verbandsbürokraten des ADGB, ebenso von faschistischen Industriellen und Junkern geredet. Der Stahlhelmtag in Berlin soll ja eine große Kundgebung für Faschismus, Militarismus und Krieg gerade im Zeichen der Ausbeutung und Entrechtung der arbeitenden Jugend sein. Der Stahlhelm ist eine der Organisationen, die am entschiedensten für Arbeitsdienst in jeder Form und für „Entpolitisierung“, also vollständige Entrechtung der Jugend des arbeitenden Volkes eintreten. Zur gleichen Zeit wird in Essen der Katholikentag durchgeführt, bei dem Tausende christlicher Jungarbeiter für den faschistischen Kurs des Zentrums und den Klerikalismus aufmarschieren sollen — ebenfalls für Arbeitsdienst und Entrechtung der arbeitenden Jugend.

Arbeitsdienst und Entziehung aller Rechte auf Vereinigung, auf gewerkschaftliche und politische Betätigung gehören engstens zusammen. So wie das Heer den Gehorsam nur sichern kann durch Ausschaltung aller politischen und persönlichen Rechte, so wird der Arbeitsdienst seine Früchte nur in diesem Zeichen bringen. Die Versammlungen des Jugendverbandes werden verboten, die „Junge Garde“ gehört zu den am meisten verbotenen proletarischen Zeitungen. Diese Maßnahmen sollen die vollständige

Ausschaltung der arbeitenden Jugend und der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung vorbereiten.

Die Pläne zur Faschisierung der Jugend unter Anwendung aller staatlichen Zwangsmittel gehen die gesamte Arbeiterklasse an. Im Kampf gegen den Faschismus, im Kampf der Antifaschistischen Aktion stehen wir Schulter an Schulter mit den revolutionären Jungarbeitern, mit der Antifaschistischen Aktion der arbeitenden Jugend gegen Arbeitsdienst, gegen Verklaffung und Entrechtung der arbeitenden Jugend, gegen den Wahlfraßraub, gegen das drohende Verbot der revolutionären Jugendorganisationen. Wir helfen der arbeitenden Jugend in der Organisation ihres Kampfes gegenüber der Sabotage und dem Verrat durch die Führer der Freien Gewerkschaften, der SA. und der SPD. Wir halten uns an das Beispiel von Karl Liebknecht, an die Traditionen des KZD., die bewiesen haben, daß die arbeitende Jugend in der ersten Reihe marschiert, um die Klassenaufgaben des Proletariats und die Kampfaufgaben des gesamten werktätigen Volkes zu erfüllen.

Die Jugend im Kampfe gegen Faschismus, gegen Militarismus, gegen Entrechtung der Arbeiterklasse — das ist unser aller Sache. Dieser Kampf geht um den Ausweg des Proletariats aus der Krise, — um die Beseitigung des ganzen Systems der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt.

Die Arbeiter- und Bauernjugend Rußlands hat im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus das Beispiel gegeben; die Arbeiter- und Bauernjugend der Sowjetunion steht im Kampf um die Durchföhrung des Sozialismus als erste Stoßbrigade in der vordersten Reihe. Also, rufen wir der arbeitenden Jugend Deutschland zu: Seht, das ist der Ausweg! Seht, das ist das Beispiel! Nicht Arbeit für den Profit, für das Wohlleben der Reichen, nicht Dienst, Hunger und Elend für imperialistischen Krieg sei eure Zukunft, euer Schicksal, euer Leben! Sozialismus der Arbeiter! Kampf mit jugendlicher Kühnheit und Begeisterung für diesen Ausweg! Wir marschieren mit euch, wir werden Schritt halten, um mit euch in der ersten Reihe zu marschieren!

Mit Lenin, Liebknecht, Luxemburg — so greifen wir an!

Nazitrupps mit den Plaketten des Katholikentages

Christliche Arbeiter sprechen in der kommunistischen Ruhrpresse

Essen, 1. September. (Eig. Meldung.) Die 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken findet in diesem Jahr in Essen statt unter dem Motto „Christus in der Grobstadt“. Der Katholikentag, der bereits mit einigen Kundgebungen begonnen hat, wird am Sonntag mit einem Massen-Katholikentag auf dem Waldener Berg seinen Höhepunkt erreichen. Neben dem Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln, und dem Kanikus Dr. Cöster-Tranigo, Berlin, werden weitere bekannte Vertreter durch Vorträge an den angesagten Kundgebungen sprechen, darunter befindet sich der ehemalige Reichstanzler Dr. Marx und Brüning. Auch Herr Bracht, der jetzige Kommissar von Preußen, wird in Erscheinung treten. Ferner werden der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß und der österreichische Justizminister Schuschnigg teilnehmen. Die eigentliche 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken findet am Sonnabend, dem 3. September im Städtischen Saalbau statt.

Die Behauptung, daß der Katholikentag eine rein religiöse Veranstaltung sei, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß er schon vom ersten Tag an ein hart politisches Gepräge hat. In der Stadt Essen, der Stadt der niedrigsten Wohlstandslage, in der Tausende von Frauen und Kindern hungern, Arbeiter auf den Straßen vor Unterernährung zusammenbrechen, ziehen ganze Gruppen von uniformierten Nationalsozialisten, geschmückt mit den Plaketten des Katholikentages, herum.

Am Mittwoch forderte man bereits in einer Kundgebung der katholischen Eltern, in der Reichstanzler a. D. Marx sowie Dr. Bern-

Lenard sprach, ein faschistisches Reichsschulgesetz. Generalsekretär Fehler verlangte, daß für die Berufs- und Fortbildungsschulen Religionsunterricht schulpflichtig als Fach in allen Ländern eingeföhrt werden müsse.

Unter diesen christlichen Arbeitern besteht eine starke Erregung über die faschistischen Maßnahmen der Zentrumspartei. Zwischen der Essener Zentrumsföhrung und den Nazis besteht schon seit Monaten ein enges Zusammenarbeiten. (Es haben vertrauliche Beziehungen zwischen Pater Madermann und der NSDAP-Leitung Ruchgebiet hergestellt.) Die Erregung der christlichen Arbeiter spiegelt sich wider in der kommunistischen Ruhrpresse, die in einer Sondernummer vielen christlichen Arbeitern Raum gibt, zum Katholikentag und zur Politik der Zentrumspartei Stellung zu nehmen. Die Bergarbeiter der Schachtanlagen des Zentrumsausbeuters Ködner und anderer Betriebe des Ruhrgebietes erklären ganz offen, daß sie der Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaftsföhrern, die mit den Nazis gemeinsame Sache machen, die weitere Gefolgschaft verweigern. Sie lehnen es ab, mit Ködner, Bracht, Brüning und Stegerwald am Katholikentag teilzunehmen.

Die Sondernummer der kommunistischen Ruhrpresse zum Katholikentag wurde zu Tausenden in den Städten des Ruhrgebietes im Straßenverkauf umgekehrt. Die Polizei versucht, die Diskussionsgruppen der antifaschistischen Arbeiter mit den christlichen Proleten auseinanderzutreiben.

Lest die „Internationale“!

„Dem Fortschritt in der Partei bei der Bewältigung jener Aufgaben auf der Linie ihrer Volksemission stehen andererseits erhebliche Schwächen gegenüber, deren möglichst schnelle Ueberwindung die Schlagkraft der Partei vervielfachen, ihren Vormarsch mächtig steigern und das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution zu unseren Gunsten verändern wird. Wenn die Partei die Lehren der Vergangenheit verstanden hat, dann wird sie sich nach dem 31. Juli in allen ihren Einheiten, von der kleinsten Zelle bis zum Zentralkomitee, nicht der leistungsmäßigsten Regelung einer Selbstgenügsamkeit hingeben. Gerade angesichts der Erfolge, die eine richtige Politik uns auf verschiedenen Gebieten der Massenarbeit gebracht hat, müssen wir um so schärfer die bolschewistische Selbstkritik zur Verbesserung der Arbeit bei allen jenen Problemen ansetzen, bei denen der Partei eine Ueberwindung ihrer Schwächen und Mängel noch nicht gelungen ist.“

Aus dem Artikel des Genossen Thälmann: „Die neue Ebene der Volksemission der KPD.“ in der „Internationale“, Nr. 7. S. 1. In jeder Funktionär der Partei und der Massenorganisationen Leben unglück!

Gegen Staatsstreich!

Gegen Zentrums- und Nazi-Koalition!

Arbeiter und Werktätige von Breslau! Heraus heute abend um 20 Uhr in den „Schießwerder“! Es sprechen Karl Becker, MdR., August Sandtner, MdL., zu den Forderungen der Kommunisten im Reichs- und Landtag. — Eintritt für Erwerbslose 10 Pfennig, für Betriebsarbeiter 20 Pfennig.

Breslau und Umgebung

Breslau, den 2. September 1932.

Klassenjustiz!

Vor einigen Tagen hat das Berliner Sondergericht einen Jungarbeiter, der geschossen haben soll, was nur durch einen Nazi-Gezogen belegt wird, zu der ungeheuerlichen Strafe von zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Am gestrigen Tage verurteilte das Breslauer Sondergericht einen Nazi-Sturmführer, der mit einem Ueberfallswagen am Wahltag, am 31. Juli, in ein Arbeiterviertel gefahren war, dort ohne jeden Grund den Straßenbahnfahrer Krüger schwer verletzt hatte, zu der lächerlichen Strafe von sieben Monaten Gefängnis. Beide Urteile wurden gefällt: „Im Namen des Volkes.“

Am Weissenburger Platz, in dessen Nähe sich ein Wahllokal befand, gab es am Wahltag erregte Diskussionen. Im schnellsten Tempo stürzte gegen mittag ein Nazi-Ueberfallswagen, besetzt mit SA-Leuten, durch diese Gegend. Am Weissenburger Platz machte er halt und der SA-Sturmführer Vogt gab das Kommando zum Ueberfallen. Dann schrie er: „Strafe frei!“ obwohl dieselbe gar nicht gefällig war. Plötzlich gab er mit den Worten: „Was ist hier los?“ aus seinem Revolver zwei Schüsse ab, von denen einer den Straßenbahnfahrer Krüger in die Seite traf. Der Schuh wurde aus sieben Meter Entfernung, nach Angaben des Mordgefolles natürlich aus „Notwehr“ abgegeben. Währenddessen kamen die anderen SA-Leute mit ihren Gummiknüppeln und sonstigen Schlagwerkzeugen auf die Diskussionen zu. Die Schüsse hatten auch eine Anzahl Menschen angefaßt, so daß die SA-Wanditen sich nun jetzt schleunigst auf das Auto setzten und in rasendem Tempo verschwanden.

Vor Bericht verjachten die Nazis diesen offensichtlich Ueberfall als einen Notwehrakt hinzustellen, und sie fanden einen willigen Gehilfen auf diesem Wege im Vorstehen, dem Landgerichtsdirektor Jaempf, der ihnen die entlastenden Aussagen durch geschickte Fragestellung in den Mund legte. Während dieselbe Kammer eine Anzahl Reichsbannerzeugen im Namen der Justiz undredig gelassen hatte, weil gegen sie der unbegründete Verdacht der Minderjährigkeit bestand, ließ das Gericht jetzt die an der Mordtat und dem Ueberfall direkt beteiligten Nazis als Entlastungszeugen auszusagen. — Wahrscheinlich, die vollendete „Gerechtigkeits“.

Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mengel, der gegen Kommunisten mit Vorliebe Zuchthausstrafen beantragt, brachte gegen den Mordbuben Vogt wegen drei Vergehen, darunter auch wegen schwerer Körperverletzung, nur Gefängnisstrafe in Antrag. Wegen schwerer Körperverletzung, Nichtanmeldung einer Waffe und Waffengebrauch beantragte er kaum 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis, ein Strafmaß, welches weit hinter den eigentlichen Strafanträgen zurückbleibt. Dr. Mengel gewährte den „aufbauenden Kräften“ einen wirklich hohen Rabatt.

Das Gericht ging in dieser Frage noch viel weiter, ließ die Anklage wegen Körperverletzung fallen, nahm „Notwehr“ an und schloß sich der Meinung des Vertreters der Staatsanwaltschaft an, indem man dem Angeklagten seine Tat als „leichtsinnig“ bezeichnete. Vogt wurde nun wegen der beiden letzten Delikte zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt und durfte sich im Gegensatz zu allen anderen, die vor dem Sondergericht verurteilt wurden, wieder nach Hause begeben. Der Mitangeklagte Kühnel wurde „wegen Mangel an Beweisen“ freigesprochen.

Dieses Urteil zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Sondergerichte Instrumente der herrschenden Klasse gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen Antifaschisten sind. Dieses Urteil ist aber gleichzeitig ein Freibrief für die braunen Mordgefolles, die ohne große Strafe zu gemäßen, weiter in Arbeiterviertel einbrechen, Antifaschisten bedrohen und niederschlagen dürfen.

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Achtung! Kirchenaustrittswoche vom 5. bis 10. September!

Die Kirche unterstützt die Verbots- und Terrorherrschaft der Nazis. Die Priester aller Konfessionen segnen die Waffen des Militarismus. Wer gegen den imperialistischen Krieg ist, muß der Kirche den Rücken brechen. 180 000 Mark Jahresbeitrag bekommt der Fürstbischof Vertram in Breslau, und was bekommt ihr? Die Papen-Regierung verläßt die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. Bei den Betriebsarbeitern soll wiederum ein Lohnraub durchgeführt werden. Ten Kriegsinvaliden werden die Renten gekürzt. Die Unterstellungen der Erwerbslosen sollen noch mehr geschärft werden. Das alles nennt die Kirche: Christliche Nächstenliebe.

Zum Protest gegen Lohn- und Unterstützungsraub reihen wir uns ein in die antifaschistische Kulturaktion. Betriebsarbeiter und Erwerbslose! Heraus aus der Kirche! Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche noch der Kirche angehören, erklären in der Kirchenaustrittswoche vom 5. bis 10. September ihren Austritt aus derselben. Sie befinden damit den Kampf gegen Konfessionspolitik, gegen Rundfunkfaschismus, gegen Gotteslästerungsprozesse, gegen Stand- und Sondergerichte, für Trennung von Staat und Kirche, für Freiheit, Arbeit und Brot, für ein freies sozialistisches Vaterland.

Am Montag, dem 5. September, vormittags 9 Uhr treffen sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche noch der Kirche angehören, zum gemeinsamen Kirchenaustritt. Der Austritt erfolgt im Amtsgericht zu Breslau, Zimmer 147, und ist kostenlos.

Der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin, das letzte Arbeiterkind: Heraus aus der Kirche!

Kirchenaustritts-Komitee Breslau-Weß.
Kampfausschuß gegen Kulturreaktion
Breslau-Scheinig.

Arbeiterfrauen übt Solidarität beim Einkauf

Marxismus. Daß die hiesigen Geschäftsklässe auch von den Groschen der Arbeitererschaft existieren, braucht nicht besonders betont zu werden. Der Wäldermeister Jopke zieht es jedoch vor, sich als faschistisch-gewerkschaftlicher Scharführer zu entpuppen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden sich danach zu richten wissen und werden in Zukunft nur den Geschäftsmann unterstützen, der auch die Sache der Arbeitererschaft unterstützt.

Im Zeichen der Antifaschistischen Betriebswoche

Die Hungerlöhne in der Schuhfabrik Langermann G. m. b. H.

(Betriebskorrespondenz.)

Breslau. Wir beschäftigten uns vorige Woche mit der Ueberstandenschieberei und dem Antreiberystem bei der Firma Langermann, G. m. b. H., der ehemaligen Dornborffschen Schuhfabrik. Dieser Artikel hat unter der Belegschaft ein mächtiges Echo ausgelöst und bei der Direktion der Schuhfabrik wie eine Bombe eingeschlagen. Die von uns angeführten Tatsachen, veranlaßten eine ganze Reihe Betriebsarbeiter, im besonderen Frauen und Jugendliche, uns in der Redaktion einen Besuch abzustatten und uns Einzelheiten über die dortigen Zustände und über die Lohnverhältnisse mitzuteilen, sodas wir erneut zu den Dingen Stellung nehmen müssen.

Der Tarif steht nur auf dem Papier

Zwar existiert für die in der Schuhbranche Beschäftigten ein Tarif, welcher die Entscheidung des Sonderrichters des Reichsarbeitsministeriums vom 23. Dezember 1931 darstellt, und der ab 1. Januar 1932 keine Gültigkeit hat. Jedoch die Firma Langermann hält sich, nach dem was uns hier mitgeteilt wurde, sehr wenig an diese Schlichterentscheidung. Besonders die Jugendlichen sind einer ganz brutalen Ausbeutung unterworfen. Vor uns liegen, wie bereits angebeutet, eine ganze Anzahl Lohnbeurteile, auf denen fett zu lesen steht: „Geld ist sofort nachzuzahlen.“ Dies gilt jedoch nur für den Inhalt der Lohnkarte, ob die darauf aufgemachte Abrechnung stimmt, das ist eine andere Frage. Greifen wir nur zwei Beispiele aus den von uns vorliegenden Fällen heraus:

Zwei Beispiele der Ausbeutung

Da ist zum Beispiel ein Jungarbeiter, der nach dem Tarif in seiner Altersklasse einen Stundenlohn von 45,9 Pfennigen zu beanspruchen hat. Nach den hier bei uns vorliegenden Lohnkarten erhält derselbe jedoch nur 28 Pfennige. Welcher katastrophale Lohnraub an diesem Jungarbeiter vorgenommen wird, zeigt folgendes Beispiel: Bei 45-stündiger Arbeitszeit müßte sein Verdienst 20,65 Mark betragen, er trägt jedoch nur 12,60 Mark. Die Firma wird darauf antworten, daß er noch nicht den vollen Tariflohn zu beanspruchen hat, da diejenigen, die in der Schuhindustrie noch nicht gearbeitet haben, den Anlernlohn erhalten, d. h., daß sie in den ersten zehn Wochen nur 75 Prozent des Tariflohnes erhalten. Nehmen wir an, es handelt sich bei dem von uns angeführten Beispiel um einen solchen Jungarbeiter, auch dann müßte bei der angeführten Arbeitszeit sein Verdienst noch immer 15,49 Mark betragen. Es verbleibt also noch immer ein Differenzbetrag von 2,50 Mark. Wo bleibt dieses Geld?

Neue Schikanen bei der Marzfall-Verwaltung

(Betriebskorrespondenz.)

Breslau. Schon oftmals haben wir an dieser Stelle die faschistischen Methoden der Städtischen Marzfallverwaltung, die gegenüber der Belegschaft angewandt werden, angeprangert. Bis jetzt war es üblich, daß die Arbeitszeit der Mehrabteilung von morgens 6 Uhr bis 14,30 Uhr ging, jetzt will die Verwaltung die Arbeitszeit durch neue Diktaturmaßnahmen verlängern. Während bisher die Arbeiter zitta 5 Minuten nach Arbeitsbeginn mit ihren Karren das Grundstück verlassen hatten, wird jetzt angeordnet, daß die Karren und das Handwerkszeug bereits vor 6 Uhr bereitgestellt wird. Die Kollegen bei der Marzfallverwaltung lehnen jedoch diese Maßnahme ganz entschieden ab, weil sich dahinter nur eine faschistische Maßnahme des Verwalters Michalek verbirgt, welcher auf Kosten der Arbeiter die Arbeitszeit verlängern will. Kein Tag vergeht, wo nicht der genannte Herr mit Drohungen und Strafen vor die Arbeiterschaft tritt. M. spielt sich bei der Marzfallverwaltung als kleiner „Mussolini“ auf, er glaubt, seine Autorität durch seine große Schnauze herstellen zu können; aber das Gegenteil ist gerade der Fall, denn die Arbeiter nehmen ihn durchaus nicht mehr ernst. Die Kollegen der Mehrabteilung haben diesem „Mussolini“ bereits mit aller Eindeutigkeit klargemacht, daß auch sie keine Menschen dritter Klasse sind und als Mensch dieselben Rechte haben, die er für sich in Anspruch nimmt.

Ein gefügiges Werkzeug der Marzfallverwaltung ist auch der Hilfsaufseher Bogunkle, der die Kollegen aller Kleinigkeiten wegen schikaniert, über die er früher, als er selbst noch Arbeiter war, rebellierte. Die Arbeiterschaft der Marzfallverwaltung, welche durch die ständige Gefahr auf der Straße mit ihren Nerven zermüht ist, wird sich dieses Treiben der „Herren“ nicht mehr lange mit ansehen. Die Arbeiterschaft wird und muß zum Ausdruck bringen, daß sie den faschistischen Schikanen und den Lohnraubmaßnahmen nicht nur zu trohen versteht, sondern, daß sie auch in geschlossener, einheitlicher Kampffront in der Lage ist, sich ihre Rechte im Betriebe zu erkämpfen. Da muß die Parole lauten: Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe, stützt den Massenwiderstand gegen Faschismus und Lohnraub!

Vorbildliche 216.-Arbeit

leistete die Ortsgruppe Brieg, welche eine vollständige Durchorganisierung vorgenommen hat und dadurch neues Leben in die Organisation hineinträgt. Es wurde ein Arbeitsplan für den gesamten Monat aufgestellt, wonach jeder Funktionär verpflichtet wird, sich an den politischen Schulungskursen zu beteiligen. Jedes einzelne Mitglied zur Betriebs- und Landarbeit und zur Werbung neuer Mitglieder angehalten wird. Jeder Stadtteil hat sich bestimmte Aufgaben gestellt, die bis am Ende des Monats gelöst sein sollen und die Ortsgruppenleitung wird im Verlauf der Monatsfrist die Erfolge der einzelnen Stadtteile feststellen und nach dort, wo es erforderlich ist,

Wenn man bedenkt, daß zitta 50 Prozent der augenblicklichen Belegschaft, die ungefähr 300 Personen beträgt, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind, von denen je solch ein Betrag als Extraprozente der Unternehmerschaft in die Taschen fließt, dann ist wohl nicht zuviel gesagt, daß die Firma Langermann eine der rigorosesten Ausbeuterunternehmungen ist. Nehmen wir das zweite Beispiel.

Einer Jungarbeiterin unter 15 Jahren steht tariflich der Mindestlohn von 18,75 Pfennigen zu. Hier müßte der Verdienst bei 45-stündiger Arbeitszeit 8,43 Mark betragen. In Wirklichkeit verdient sie jedoch in der angeführten Arbeitszeit nur 5,60 Mark, sodas ein Stundenlohn von 12 1/2 Pfennig herauskommt. Nehmen wir auch hier nur den Lohn zu 75 Prozent, da die betreffende Jungarbeiterin noch nicht zehn Wochen in der Schuhindustrie beschäftigt ist, auch da ergibt sich ein ganz anderer Betrag, ihr Lohn müßte dann noch immer 6,33 Mark betragen, sodas auch hier ein Differenzbetrag von 73 Pfg. zum Nachteil der Jungarbeiterin verbleibt. Erwähnt werden muß noch, daß von diesen Hungerlöhnen die Abzüge für Krankenkasse, Erwerbslosenfürsorge, Invaliden-Versicherung usw. gemacht werden.

Und so wie die Rechnung bei den jugendlichen Arbeitern aussieht, so sieht es aber

auch bei den Frauen über 21 Jahren.

die ebenfalls pro Stunde 2,38 Pfennig zu wenig ausgezahlt erhalten. Und bei den Vardarbeitern im Maschinenaal, ist der Lohnraub noch viel katastrophaler. Die dort Beschäftigten erhalten nur den Mindestlohn, obwohl ihnen allen der Mindestlohn zusteht. In der Leistung auf der Straße mit der „Arbeiter-Zeitung“ standen, wo die jaumäßigen Zustände angeprangert wurden? Den Herren wird das Grinsen vergehen in dem Augenblick, wo wir uns im Betrieb zu einer einheitlichen Kampffront zusammenschließen, um unsere Rechte zu erkämpfen. Dann hat die Schnauze der Meister gegenüber den Frauen und Mädchen und die Ausbeutung und Antreibererei unter Tariflohn ein Ende. Nur in der roten Einheitsfront und in der Antifaschistischen Aktion werden wir ausreichende Löhne und angemessene Arbeitszeit auch für die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen erkämpfen.

Nun Kollegen und Kolleginnen, ihr alle seid mützig und unzufrieden über das Antreiberystem und die miserabel schlechte Bezahlung, aber vom Schimpfen allein wird es nicht besser werden, ihr müßt dem Unternehmer die Zähne zeigen. Habt ihr gesehen, wie hämisch Herr Dornborff vorige Woche grinst, als unsere Kollegen auf der Straße mit der „Arbeiter-Zeitung“ standen, wo die jaumäßigen Zustände angeprangert wurden? Den Herren wird das Grinsen vergehen in dem Augenblick, wo wir uns im Betrieb zu einer einheitlichen Kampffront zusammenschließen, um unsere Rechte zu erkämpfen. Dann hat die Schnauze der Meister gegenüber den Frauen und Mädchen und die Ausbeutung und Antreibererei unter Tariflohn ein Ende. Nur in der roten Einheitsfront und in der Antifaschistischen Aktion werden wir ausreichende Löhne und angemessene Arbeitszeit auch für die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen erkämpfen.

helfend eingreifen. Am Schluß dieser Kampagne soll ausführlich über den Erfolg der Werbearbeit berichtet werden.

Eisenbahner, auch du gehörst in die Antifaschistische Aktion!

Brieg. Ein Arbeiter, der bei der Reichsbahn beschäftigt ist und erkrankte, war gezwungen, mehrere Wochen im Krankenhaus zuzubringen. Obwohl er während seiner Beschäftigungszeit pro Monat 12 Mark Krankentafelbeiträge zahlte, erhielt er während seines Aufenthaltes im Krankenhaus kaum 7 Mark für seine Frau und seine zwei Kinder. In diesem Beispiel kann man erneut feststellen, daß die Werktätigen, ganz gleich wo sie beschäftigt sind, nur stets als melkende Kuh benutzt werden, daß man ihnen zwar hohe Beiträge abnimmt, aber, wenn es gilt eine Gegenleistung zu bringen, man sie mit ihren Familien einfach dem Hunger und dem Elend preisgibt.

Jeder Parteiarbeiter

verbessert seine praktische Arbeit durch die theoretischen Anleitungen im Organ des Zentralkomitees

DIE INTERNATIONALE

Im neuesten Heft (Doppelnummer Juli/August)

Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD

G. Henrykowiak: Die Lehren der letzten Streikämpfe in Polen

W. Florin: Fragen unserer Einheitsfrontpolitik

Sofort besorgen, ehe vergriffen. Einzelpreis 20 Pf.

Roter Pfeffer

In ein Fischwarengeschäft tritt mit knallenden Schritten ein SA-Mann mit Bleistücken und Uniform. Er ruft dem Verkäufer zu: „Ich möchte einen Hitler-Pfering haben.“

Der verdutzte Verkäufer antwortet: „Hitler-Pferinge haben wir nicht.“

Der SA-Mann empört sich: „Wenn Sie Bismard-Pferinge haben, müssen Sie auch Hitler-Pferinge haben. Hitler ist bestimmt so ein großer Mann wie Bismard. Wenn in einer halben Stunde nicht Hitler-Pferinge da sind, haue ich Ihnen eine Eierhandgranate ins Fenster.“

und er verschwand.

Der Chef, der herbeikam und die letzten Worte gehört hatte, brüllte den Verkäufer an: „Warum haben Sie den Kunden raus gehen lassen?“ Der Verkäufer antwortete kleinlaut: „Wir haben doch keine Hitler-Pferinge.“

„Was heißt Hitler-Pferinge? Nehmen Sie einen z-Beliebigen Pfering, reißen Sie die Schnauze auf und kratzen Sie das Gehirn raus, da haben Sie einen Hitler-Pfering!“

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplewits in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callow Breslau. — Verlag u. Druck: Schlichtschs Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibhausstraße 10.

RUND UM DEN ERDBALL

Fritz Slang



Jeder revolutionäre Arbeiter, jeder Leser unserer proletarischen Presse weiß, wer Slang war. Mit seiner scharfen Satire geißelte er den Spieß, enthüllte er vor uns die bürgerliche Gesellschaft in ihrer ganzen Hohlheit.

Wir alle sind uns bewußt des großen Verlustes, den wir durch seinen so früh erfolgten Tod erlitten haben.

In den nächsten Tagen erscheint eine Broschüre, die kurz sein Leben und Schaffen würdigt.

Die Broschüre wird nur 25 Pfennig kosten, so daß sie jedem zugänglich sein wird.

Aus Natur und Technik

Die totale Sonnenfinsternis in Amerika

London, 1. September. Die totale Sonnenfinsternis am Mittwoch konnte nur in wenigen Teilen Kanadas gut beobachtet werden, da der Himmel meist stark bewölkt war. In Ottawa selbst, wo 97 v. H. der Finsternis zu sehen waren, herrschte sehr gute Sicht. Tausende von Menschen hatten sich auf den Straßen versammelt. Die wissenschaftlichen Beobachter wurden an den meisten Stellen stark enttäuscht, besonders in Maagoo, wo sich 60 Wissenschaftler aus der ganzen Welt auf der Sternwarte versammelt hatten. Einige Minuten vor Eintritt der Totalität wurde die Sonne von Wolken bedeckt und kam erst kurze Zeit nach der Totalität wieder zum Vorschein. Bedinglich in Mexiko konnte eine gute wissenschaftliche Ausbeute erzielt werden.

Sowjet-Eisbrecher auf Amundsens Spuren

Moskau, 1. September. Wie aus Archangelsk berichtet wird, ist der sowjetrussische Eisbrecher „Kuljanow“ in der Nähe des Kap Thorsnes auf Spuren der Nord-Expedition Amundsens aus dem Jahre 1919 gestoßen. Es wurden zwei eigenhändige Niederschriften Amundsens und Eserdrups gefunden, die über die zwanzigjährige Überwinterung berichten.

Der Leiter der Expedition des Eisbrechers „Sibirjakow“, der kürzlich die erste in der Geschichte der Polarforschung geplante Umgehung von Nowaja Zemlja durchführte, teilt in einem Funktelegramm mit, daß er jetzt das Nordland erreicht und jene Gruppe an Nord genommen habe, die dort überwintert hatte. Dem während zweier Winter von dieser Gruppe in der Arktis gesammelten wissenschaftlichen Material wird außerordentliche Bedeutung beigelegt.

Das Großfeuer bei Stettin

10 000 Zentner Getreide verbrannt

Stettin, 1. September. Zu dem Großfeuer in der Mühlenstraße der Pommerischen Hauptgenossenschaft in Jätkow bei Stettin wird noch ergänzend gemeldet, daß in der Mühle etwa 10 000 Zentner Getreide eingelagert waren, die durch das Feuer völlig vernichtet worden sind. Der Gesamtschaden, den die Stettiner Dampfmühle AG. bzw. die Pommerische Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft, deren Tochtergesellschaft das Mühlenwerk ist, erlitten haben, wird vorläufig auf 1,5 Millionen Mark geschätzt. Den Hauptteil des Schadens wird die Versicherungs-Gesellschaft der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften zu tragen haben. Die Pommerische Feuer-Versicherungsgesellschaft an der Versicherung beteiligt. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist noch wie vor Endgültiges noch nicht bekannt, man nimmt aber an, daß sich ein Transportband aufgelassen und geschwemmt hat. Ebenfalls kann ein Kurzschluß in Frage kommen. Einzelne Feststellungen hierüber konnten noch nicht getroffen werden.

Tödlicher Unfall im Postamt Eisenach

Eisenach, 31. August. Auf dem hiesigen Postamt ereignete sich bei der Uebergabe einer Pistole für den Dienstgebrauch ein tödlicher Unfall. Plötzlich löste sich ein Schuß aus der Waffe. Die Kugel drang dem 45-jährigen Postkassierer Baumbach ins Herz und tötete ihn auf der Stelle. Er hinterläßt Frau und drei Kinder.

Die Ursache des Absturzes des schwedischen Nachpostflugzeuges

Stockholm, 1. September. Als Ursache des Absturzes des schwedischen Nachpostflugzeuges auf dem Wege von Amsterdambach nach Malmö an der deutsch-dänischen Grenze ist nach den letzten Feststellungen darin zu suchen, daß sich der Flugzeugführer infolge des dichten Nebels über die Höhenlage irrte und gegen einen Fabrikschornstein anrannte.

In Fords „Paradies“

Zwischen Detroit und Nishni-Nowgorod

Die Arbeiter des Automobilwerkes in Nishni-Nowgorod wandten sich an die Arbeiter der Fordwerke in Detroit mit einem Brief, in dem sie über ihren Kampf um ihre Erfolge am sozialistischen Aufbau berichten und die Arbeiter der Fordwerke ersuchen, ihre Lage im kapitalistischen Lande zu schildern.

Hier bringen wir die Antwort der erwerbslosen Arbeiter der Fordwerke:

Werte Genossen!

Euren Brief haben wir durch den Genossen Bukatschuk erhalten und danken Euch herzlich für Eure Solidarität mit den Arbeitern, die sich diesseits der Grenze der Sowjetunion befinden. Ebenfalls übersenden wir Euch unseren proletarischen Gruß und wünschen Euch gute Erfolge am großen sozialistischen Aufbau.

Mit großem Interesse lesen wir Eure Briefe und verfolgen Eure Errungenschaften im proletarischen Vaterlande, die beispielgebend für das ganze Weltproletariat sind.

Wir, ehemalige Arbeiter der Fordwerke, sind gegenwärtig meistens erwerbslos; insbesondere in letzter Zeit sind viele von uns, nach der Denunziation der Spitzel und Provokateure, daß wir Arbeiterclubs besuchten und Arbeiterzeitungen lesen, aufs Straßenpflaster gestogen.

Es fehlt ein nie dagewesener Terror gegen die Arbeiter ein, nachdem 5000 Arbeiter sich versammelten und zu den Fordwerken marschierten, um von der Betriebsleitung die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter zu fordern. Maschinengewehre und Gasbomben waren die Antwort, wobei vier Arbeiter ermordet und 40 verletzt wurden.

Jetzt ist Arbeit in den Fordwerken nur durch Pässe zu bekommen, die bestätigen, daß der Arbeiter nicht vom Bolschewismus angezogen ist, oder aber durch verschiedene Agenten, denen man dafür 50 Dollar zahlen muß. In erster Reihe bekommen verschiedene Spitzel und Provokateure, ehemalige Polizeileute, für welche die Stadt kein Geld zahlen kann, weil sie bankrott ist, und schließlich ehemalige Händler Arbeit bei Ford. Diesen Leuten wird Arbeit auf Rechnung christlicher Arbeiter, die bereits ein wenig älter sind oder dem Meister keinen Schnaps oder keine fünf Dollar zahlen,

gegeben. Arbeiter werden dafür allmählich entlassen. Das ist die Einstellungspraxis nicht nur bei Ford, sondern in ganz Amerika.

Wir Proletarier Amerikas können gegenwärtig nicht über Erfolge berichten. Zwar haben einige Arbeiter eigene Autos und Radio gehabt, gegenwärtig aber wird ihnen dieses alles wieder weggenommen, weil sie nicht in der Lage sind, weiterzuzahlen. Gegenwärtig werden in Detroit tagtäglich viele Arbeiter aus ihren eigenen Wohnhäusern exmittiert, für deren Bau sie in besseren Zeiten 3000 bis 5000 Dollar ausgegeben haben. Gegenwärtig werden jeden Tag 40 Familien auf die Straße geworfen. Bisher sind in Detroit 23 000 leere Wohnhäuser vorhanden.

In Amerika sind gegenwärtig bei 15 Millionen Erwerbslose, die in einer äußerst elenden Lage sind. Die Erwerbslosen beginnen immer mehr ihren Klassenfeind zu erkennen, sie organisieren einen „Ratkonjui“ (Erwerbslosenrat), veranstalten Demonstrationen und kämpfen gegen die Polizei. Sie begreifen, daß die einzige Führerin des Proletariats die Kommunistische Partei ist.

Die meisten Erwerbslosen leben von Almosen und erhalten Essen in den Klubs. Es sind auch Stadtküchen vorhanden. Das Essen ist dort so miserabel, daß sich 24 Erwerbslose vergiften haben. Es gibt sehr viele Erwerbslose, die sich die Speiseabfälle aus den Abfallkästen suchen, um ihren Hunger zu stillen.

Wie leben die Arbeiter nun, die noch arbeiten? Viele Arbeiter arbeiten verflucht. Der Arbeiter zittert vor der Gefahr, die Arbeit zu verlieren.

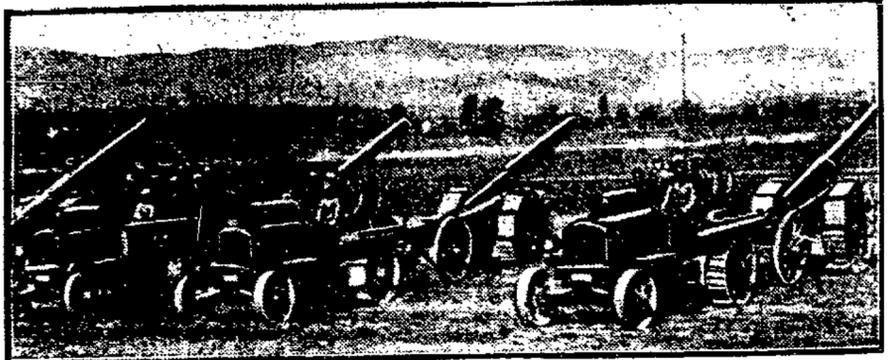
Gegenwärtig sind die Klassenbewußten Arbeiter Amerikas bestrebt, allen Arbeitern zu beweisen, daß nur das Sowjetsystem sie befreien kann und wir arbeiten darauf hin, daß auch das Proletariat Amerikas auf das kapitalistische System verzichtet und die Sowjetmacht errichtet wird.

Im Auftrag der Versammlung der Internationalen Roten Hilfe, auf der Euer Brief vorgelesen wurde:

R. Boder.

Mussolini trainiert zum Krieg

Von den großen italienischen Manövern, die gegenwärtig in den Apenninen abgehalten werden: Die schwere motorisierte italienische Artillerie rückt an.



Millioneneffektenschiebung in Hamburg aufgedeckt

Hamburg, 1. September. Nachdem es am Mittwoch der Hamburger Zollfahndungsstelle gelungen war, einer Effektschiebung in Höhe von 200 000 Mark auf die Spur zu kommen, konnte sie jetzt eine Millionenschiebung aufdecken. Die Hamburger Zollfahndungsstelle verhaftete einen Kaufmann W., der zusammen mit einem Bankier S. und einem Holländer C. Standardwerte, sogenannte Kofferwerte, verschoben hat. Der Holländer C. hatte die Effekten aus Holland gebracht und den Erlös wieder ins Ausland geschafft. Der beteiligte Bankier S. war im Frühjahr dieses Jahres bereits wegen Devisenschiebungen verurteilt worden. Da gegen das Urteil Berufung eingelegt war, hatte es noch keine Rechtskraft erlangt. Der Holländer ist flüchtig.

Mehrere Sträflinge aus Cayenne entflohen

Paris, 1. September. Wie aus La Rochelle gemeldet wird, ist es einigen Sträflingen gelungen, aus Cayenne zu entfliehen. Es handelt sich um den im Jahre 1928 in Casablanca verurteilten Deutschen Otto Affel, einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen Ferdinand Werner, der im Jahre 1929 in Algier verurteilt wurde, ferner um einen namens Steffen, dessen Staatsangehörigkeit nicht angegeben ist, und einige Franzosen. Affel und Werner dürften zweifellos Fremdenlegionäre sein.

Internationale Schmugglerbande in Oberschlesien verhaftet

Kattowitz, 1. September. Die Polizeibehörden von Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei und Polen verfolgten schon seit längerer Zeit die Spur einer Bande, die sich mit dem Schmuggel von Seidenwaren aus Wien über die Tschechoslowakei und Deutschland nach Polen befähigte. Der Kattowitzer Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, eine Anzahl von Mitgliedern dieser Schmugglerbande zu verhaften. Inzwischen ist es auch geglückt, die Schlupfwinkel der Bande auszuheben. So konnten in Kattowitz, Warschau, Czestochau und anderen Orten Polens mehrere Zentner geschmuggelte Seidenwaren beschlagnahmt werden. Der Wert der beschlagnahmten Waren beträgt mehrere hunderttausend Zloty.

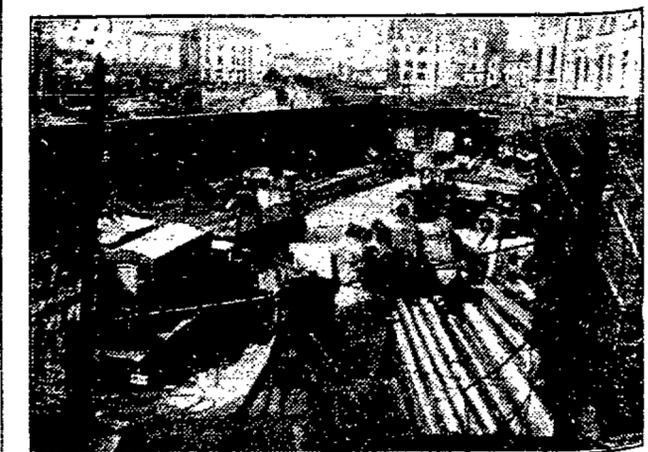
Typhuserkrankungen durch Brunnenwasser

Mehrere Todesfälle

Hannover, 1. September. In Sievershausen ist der Typhus ausgebrochen. Es sind bereits mehrere Todesopfer zu verzeichnen. Man nimmt an, daß die Erkrankungen durch Brunnenwasser entstanden sind. Um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, sind alle Schutzmaßnahmen getroffen worden.

Schwere Unwetter in Frankreich

Paris, 1. September. In den verschiedenen französischen Provinzen haben schwere Stürme und Gewitter am Mittwoch großen Schaden angerichtet. Bei Brumath in der Nähe von Straßburg ging ein Gewitter von selten beobachteter Heftigkeit nieder und zerstörte ausgedehnte Tabakplantagen. Der angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Franken geschätzt. Auch in Toulouse hat ein Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen großen Schaden durch Ueberschwemmungen angerichtet. Durch Blitzschlag wurde außerdem eine große Schuhfabrik eingeeiert. In Limoges schlug der Blitz in eine Kirche und zerstörte den Dachstuhl und den Glockenturm. In Bourges-Bresse wurde ein Radfahrer vom Gewitter überrascht und durch Blitzschlag getötet.



Moskau ist Weltstadt geworden. Die Zahl seiner Bewohner ist auf 3,5 Millionen angewachsen und im ständigen Zunehmen begriffen. Die bisherigen Verkehrsmittel genügen nicht mehr und so wurde mit dem Bau einer Untergrundbahn begonnen.

Vorsitzender der Nazipartei nimmt Bestechungsgelder und verschachtelt die Interessen der Werttätigen Sagens

Nazi-Stadtverordneter und Vorsitzender Pottag im Korruptionsjumpf — Um den Bau eines Elektrizitätswerkes für die Stadtgemeinde Sagan 50 000 Mark von den Löffler Elektrowerken — Nazi-Pottag erhält 500 Mark — Die Werttätigen müssen zahlen — Wir rufen alle Armen zum gemeinsamen Kampf gegen Korruption, Not und Elend, für den Sozialismus, für Arbeit und Brot!

Sagan. Durch den Gaswerksdirektor Kramer aufgeworfen, tauchte im Sommer 1930 die Frage des Baues eines eigenen Elektrizitätswerkes für die Stadtgemeinde Sagan auf, um den zwischen Stadtgemeinde und „Krieg“ neu abzuschließenden Stromlieferungsvertrag fallen zu lassen. Die entsprechenden Pläne wurden geprüft und 3 Sachverständige gaben ihre Urteile ab. Der Plan, ein eigenes Werk zu bauen, um alle Bürger der Stadt vor hohen Strompreisen zu bewahren, wurde bis zu einer gewissen Zeit auch von dem Stadtverordneten Pottag, NSDAP., (nach außen hin!) vertreten. Pöflich jedoch kippelte der „braune Held“ um, die Gründe für diesen Sinneswechsel werden durch folgendes erhellt:

Nazi-Pottag brauchte Geld

Wie wir erfahren, soll es Pottag damals „angeblich“ sehr schlecht gegangen sein. Der er und seine Gemahlin (ebenfalls Vertreterin des Dritten Reiches) mit dem Gasanstaltsdirektor gut befreundet waren, versuchte Pottag von diesem 3000 RM. zu erhalten. Von dem Direktor erhielt Pottag nun das Versprechen, daß er versuchen würde, ihm das Geld aus anderer Hand zu beschaffen. Leider waren alle Bemühungen vergebens. Niemand fand sich, der Pottag eine solche Summe im Vertrauen geliehen hätte. Da er der Lichtwerksdeputation angehörte und auf Grund seines freundschaftlichen Verhältnisses mit dem Direktor, glaubte er, es nochmals bei diesem versuchen zu können. Unter dem Vorwand, daß er durch sein Eintreten für ein eigenes Werk in der Stadtverordnetenversammlung, viele und prominente Kunden im Zigarrengeschäft verloren habe, versuchte er den Direktor Kramer dahingehend zu beeinflussen, daß ihm dieser doch das Geld aus der Gaswerkklasse, sozusagen als „Gehaltsvorschuß“, geben könne. Doch auch hieraus soll nichts geworden sein. Und nun kommt unterm Lachschub der Niederstuf zum Vorschein. Pottag hörte plötzlich auf, mit dem Eintrag für ein eigenes Werk. Er kam plötzlich zu der Überzeugung, daß sich seine Bemühungen nicht rentieren würden. Also, er stürzte über den Gemeinnutz und hielt sich zur eigenen Rettung am Eigennutz fest. Natürlich wurde die Sache so eingefädelt, daß ohne einige wenige Ausnahmen niemand etwas davon erfuhr. Na ja, der Name Pottag hat schon immer etwas für sich, da sich mit ihm noch die Titel „Stadtverordneter“ und „Vorsitzender der NSDAP.“ verbinden, um so mehr. Bekanntlich zählt sich dieser Kommunistenfresser und Korruptist zur Gattung der „Esel“ oder „Erennen“, die sich stets als Ehrenmänner aufspielen und kein Wort zuviel gesagt haben wollen. „Allgemeinnutz geht vor Eigennutz“, ist ihr stets Sprichwort und trotzdem veralten und verlaufen sie ihr eigenes geheiligtes Parteiprogramm. Nicht genug damit, verschaffen sie auch noch andere prominente Persönlichkeiten zur Korruption zu verleiten. Sollten wir, daß es ihm in diesem Falle nicht geglückt ist?

Durch die Gerichtsverhandlung

wird man sich ja ein klareres Urteil über diesen Skandal bilden können. Wir bemerken nun ausdrücklich, daß die Stadtverordneten Pappe, Pöflich, Kramer, sowie Stadtrat Geyper von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion heiz die Errichtung eines eigenen Kraftwerkes vertreten und noch heute auf diesem Standpunkt stehen. Der neue Stromlieferungsvertrag mit der „Krieg“ und Stadtgemeinde führte durch die Verhandlungen vom 20. November 1930 in Berlin zum Ziel und wurde durch die Mehrheit des Magistrats und Stadtverordnetenversammlung angenommen.

50 000 Mark der Löffler Elektrowerke

Es verlautet nun, daß die „Krieg“ im Rahmen dieser Zeit 50 000 RM. von den L.E.W. (Löffler Elektro-Werke), von der die „Krieg“ Strom bezieht und nach hier und anderen Orten abgibt, erhalten hat. Im Frühjahr mußte ein Direktor der „Krieg“, namens Daxler, gehen. Er machte sich als Bücherrentier hier selbstständig. Um ihn loszuwerden, gibt man ihm 5000 RM. Abfindung und schiebt vor, daß er „das Interesse der Firma“ nicht so recht gewahrt habe. Der Sinn der Entlassung liegt jedoch tiefer und bemerkenswerter ist, daß Daxler am bei seinem Abgang nahegelegt wurde, bis 1. Oktober 1932 die Stadt zu verlassen! Was bewog die „Krieg“ zu diesem Schritt? Nun, das, was jetzt an die Öffentlichkeit kommt. Erstens einmal die 50 000 RM. der Löffler-Elektro-Werke und zweitens hat der Stadtverordnete Pottag am 13. April 1931 mit Einwilligung und Kenntnis des Landrats v. Besold hier, für seine Bemühungen 500 RM. nachträglich überwiesen erhalten, die man aus einem Dispositionsfonds für Ausgaben verfügt hat. Pottag hat den Empfang des Geldes mit Bleistift bestätigt, um dann, wie er erklärt haben soll, — im Falle der Gefahr! — diesen Namen wieder beseitigen zu können. Die Verantwortung trägt hier der Vorsitzende des Ausschusses der „Krieg“, eben der Landrat Besold, der neuerdings zum Landrat beider Kreise Sagan und Zoppota ernannt wurde. Dieser Landrat redet sich jetzt heraus und gibt vor, Pottag hätte „Geschäftsschädigung“ erlitten und die „Krieg“ hätte ihm das vergütet. Auf Einzelheiten könne er sich jedoch in diesem Falle nicht mehr entsinnen.

So werden die Werttätigen betrogen!

Die Vermeidlichkeit dieser Bemäntelungen zeigen schon sehr offen, wie Bestechungsgelder zirkulieren, um die man die breite Masse betrügt. Wer weiß, wer hier sonst noch aus der vollen Krippe mitgefressen hat? Bleibt diese Affäre nicht einem Parantlandel? Nur dadurch, daß der Direktor Haserlam den 1. Bürgermeister schriftlich in Kenntnis setzte, um zu hören, wie sich der Magistrat zu dieser Sache stelle, kommt der Sumpf schneller ans Tageslicht. Der Direktor Haserlam fordert Vorgehen beim Staatsanwalt, welchem Verlangen sich, wie wir erfahren, der Magistrat angehöhen hat. Es wird abzuwarten sein, wie weit man diese Helden vom Schlage Pottag wieder decken wird. Man kann und muß hier erwarten, daß gegen Pottag ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird und er seines Amtes als Stadtverordneter mit Schimpf und Schande verlustig erklärt wird. Wie wir hören, wird verlautet, daß man ihn als Vorsitzenden der NSDAP.-Ortsgruppe bereits abgebaut und an seine Stelle den Drögisten Sochna berufen haben soll, um nur nicht die gesamte Ortsgruppe der NSDAP. plagen zu lassen.

Und dieser Mensch konnte an Wahlen nicht genug Galenkrenzfahnen zu seinen Feindern herausbaumeln. Ein würdiger Vertreter und Ortsgruppenführer seiner Nord- und Schwindelpartei. So wie hier, sind der Öffentlichkeit tausende andere Fälle von Bestechungen, Korruption usw. von Seiten der Nazis, schon bekannt geworden.

Arbeiter Sagens, erkennt diese gefauften Subjekte der Kapitalisten, trennt euch von ihnen. Es gibt nur eine Arbeiterpartei, die eure Interessen vertritt, das ist die kommunistische Partei! Ihr allein gehört eure ganze Kraft zum gemeinsamen Kampf gegen gemeinsame Not und Elend.

Heraus zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September

Die schlesische Jugend marschiert zum Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September in folgenden Orten auf:

Breslau, Waldenburg, Langenbielau, Görlitz, Bunzlau, Hirschberg, Ciegnitz, Glogau und Glas

Rüffet zu mächtigen Kampfundgebungen und Kampfaufmärschen! Der 18. Internationale Jugendtag, der Tag der Jugend in der Antifaschistischen Aktion, in roter Einheitsfront gegen Faschismus, imperialistischen Krieg und Reaktion.

Die UB. Glogau und Grünberg demonstrieren in Glogau

Programm: Sonnabend, 6 bis 7 Uhr, Platzkonzert (Dominikanerplatz), 8 Uhr, Vorstadtbrauerei, Generalappell der Teilnehmer. Sonntag, Demonstration mit Kundgebung, 12 11 Uhr, Antreten, 11 Uhr, Abmarsch vom Dominikanerplatz. Kundgebung 12 1 Uhr, Franziskanerplatz.

Alarm für Betriebsbelegschaften!

Der von den Nazi-Führern in den Sattel gehobene Reichskanzler von Papen hat angekündigt, daß den Arbeitern neue Opfer auferlegt werden. Die Tarife sollen „glockert“ werden, um den Unternehmern die Durchführung eines neuen großen Lohnabbaus zu ermöglichen. Der letzte Rest gesetzlichen Schutzes der Tariflöhne wird beseitigt, der Unternehmer hat unbegrenzte Vollmacht zur willkürlichen Lohnzahlung.

Die Kraft der Belegschaften, die sich zur Gegenwehr einigen müssen, ist der einzige Damm gegen schreckliche Unternehmerwillkür. Jede Belegschaft kann täglich vor einem neuen Lohnabbau diktat stehen. Darum gilt es in jedem Betrieb die breiteste rote Einheitsfront herzustellen! Jede Belegschaft muß sich darauf einigen, jeden Lohnabbau mit der Waffe des Streiks abzuwehren und ihre Forderungen im Kampf durchzusetzen. Gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm —

Verstärkt die Antifaschistische Aktion!

„Bund der Kinderreichen“ will ermitteln

Freiburg. Der „Bund der Kinderreichen“ will am 2. September eine Arbeiterfamilie, die nicht imstande ist, die Miete zu bezahlen, ermitteln. Der G.V.D. Freiburg forderte in einer Entschließung, die folgenden Wortlaut hat, die Rückgängigmachung der Maßnahme:

„Die Mitglieder des Einheitsverbandes der Vergarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Freiburg, protestieren gegen die beabsichtigte Ermittlung ihres Kameraden Alfred Wittermann durch den Reichsbund der Kinderreichen. In einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges wirt es wie in Bohm, daß man von seinen einer Organisation, die angeblich sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen der kinderreichen Familien zu vertreten, dazu übergeht, kinderreiche Familien, die auf Grund kapitalistischer Wirtschaftsanarchie nicht mehr in der Lage sind, die ungeheuren Mieten aufzubringen, ganz einfach auf die Straße zu setzen. Wir fordern, die beabsichtigte Ermittlung rückgängig zu machen, bis es dem Kameraden Wittermann möglich sein wird, eine andere Wohnung zu einem angemessenen Mietpreis zu erhalten.“

Arbeiter von Freiburg, sollte es trotz dieser Forderung der Bund der Kinderreichen wagen, die Ermittlung durchzuführen, so verhindert dieses Vorhaben. Solidarität! Solidarität!

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Freiburg. Sonnabend, den 3. September, abends 19.30 Uhr, findet im Gasthof zum „Grünen Baum“ eine wichtige Mitglieder-

versammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Unternehmerforderungen und Regierungsmaßnahmen zum Tarifvertrag. 2. Klassen-Gericht. 3. Wichtige Verbandsangelegenheiten. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Mieterschutzverein für Reichs- u. Gemeindewohnungen wählt zwei Delegierte in den örtlichen Kampfausschuß

Weißstein. Am Montag nahm die Mitgliederversammlung dieser Organisation den Bericht von den Mietenkampfverhandlungen entgegen. Das Ergebnis der Verhandlungen war negativ. Der Beschluß der öffentlichen Mieterversammlung vom 22. August in der „Preussischen Krone“, Weißstein, ab 4. September im Falle einer Nichtbewilligung von Mietenkampfen, in den Mieterstreik zu treten, wurde aufrechterhalten. Mieter, erscheint reitlos zu der am 4. September stattfindenden Mieterversammlung des Bezirks, in der der Vertreter des Reichsmietenausschusses, der Reichstagsabgeordnete Schumann spricht.

Die Mitgliederversammlung wählte zwei parteilose Arbeiter in den örtlichen Kampfausschuß, Weißstein.

Achtung Waldenburger Einheitskonferenz verschoben!

Kein Betrieb, kein Schacht, keine Abteilung ohne einen Delegierten auf der Einheitskonferenz

Die Einheitskonferenz für das Waldenburger Revier findet nicht am Sonntag, dem 4. September, sondern am Sonntag, dem 11. September, im Gasthaus „Finsterrunn“ in Weißstein statt, da für den 4. September der Internationale Jugendtag organisiert ist und eine große Mieter-Versammlung in Hermsdorf stattfindet. — Arbeiter, benutz diese Woche noch, um Delegierte zu dieser äußerst wichtigen Konferenz zu wählen.

Die vorbereitenden Kampfausschüsse der Antifaschistischen Aktion Weißstein und Zittersbach.

Groß-Mobilmachung zum 18. Internationalen Jugendtag in Waldenburg am 3. und 4. September

Obwohl uns der Polizeipräsident Wende von Waldenburg die Jugendtag-Demonstration verboten hat, wird der Internationale Jugendtag durchgeführt.

Am Sonnabend, dem 3. September, findet im „Eckstein“-Saal in Waldenburg die Eröffnungskundgebung um 20 Uhr statt. Hier Antreten der Agitproptruppe „Gungernbe Weber“, Ansprachen, Konzert usw.

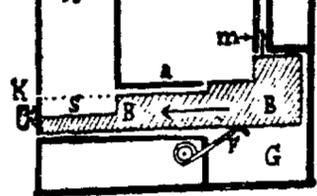
Am Sonntag, dem 4. September, findet um 16 Uhr in der Flora in Nieder-Hermsdorf die Jugendtag-Kundgebung statt. Alle Gruppen des KZB., der Partei und des Massenstreikschußes nehmen an der Kundgebung teil.

MENSCH ODER MASCHINE?

Automaten und Robots – einst und jetzt

Jeder kennt heute Automaten: Wenn man auf der einen Seite einen Groschen hineinstreift, kann man auf der anderen Seite ein Stückchen Ware in Empfang nehmen. Dieses Bild gehört zu unserem Alltag. Es müßte aber ein weiter Entwicklungsweg zurückgelegt werden, bis die Technik so weit war. Darüber wollen wir uns heute kurz unterhalten.

Schon im grauen Altertum gab es Automaten. Sie wurden als etwas Wunderbares, als Zauberei angesehen. In altgriechischen Verichten lesen wir von automatischen Tauben, Schreden und Menschen, die vor 2300 Jahren hergestellt wurden. Sie konnten kriechen, fliegen und einfache Bewegungen ausführen. Bei großen Festen wurden sie vorgeführt, von der Menge aber gläubig angestaunt und von den Priestern dazu benutzt, um den Glauben an Götter und Wunder zu stärken — zum Wohle des eigenen Geldbeutel. Auch in alten Sagen, wenn von künstlichen Menschen (Golem, Homunkulus) erzählt wird, lebt die Erinnerung an die ersten Automaten fort.



A — Geldschl. Ka — Geldkanal, B — Feder, C — Knopf, A — Warenbehälter, S — Warenausgeber, G — Geldbehälter

In den Mitten hob und den Kaiser durch Flügelschlag und Kopfnicken begrüßte", wie es in der alten Chronik heißt.

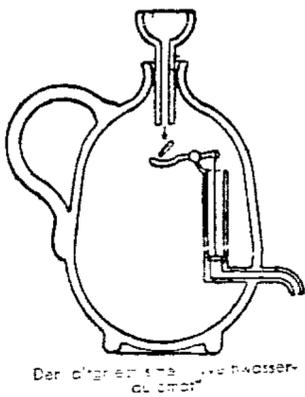
Ein Automat von großer allgemeiner Bedeutung ist eigentlich auch die Taschenuhr, die um 1500 erfunden wurde. Von da ab häufen sich die Nachrichten von Automaten. Es gab zahlreiche künstliche Menschen, die musizieren, fechten, tanzen, hähne, die krähen, Gänse und Enten, die freßen und schnattern konnten.

1807 hörten wir zum erstenmal von einem größeren Musikautomat, ähnlich dem bekannten Orchestrion. Es wurde in Dresden aufgestellt und spielte mehrere Musikstücke.

Von den neueren Automaten wurde 1906 ein „künstlicher Mensch“ viel besprochen, der radfahren und seinen Namen schreiben konnte. Heute werden solche Figuren vielfach für Kellnerdienste verwendet.

Während diese Automaten mehr der Unterhaltung dienen, entwickelten sich die Verkaufsautomaten erst später. Die ersten Verkaufsautomaten, die unseren heutigen bereits in allen wesentlichen Zügen entsprechen, wurden von Speer erst in London vor etwa 100 Jahren aufgestellt. Sie verbreiteten sich von dort aus schnell und zwar besonders in Amerika und den nordischen Ländern.

Sehr heiter ist es, daß der älteste Automat, der geschäftlichen Zwecken diente, von Vjaffen erfunden und aufgestellt wurde, und zwar im alten Griechenland, vor etwa 2100 Jahren. Unser Bild zeigt die einfache Konstruktion dieses „Mr-Verkaufsautomaten“. Er hatte den Zweck, gegen Einwurf von 1 Drachme (etwa 4 Mark) eine kleine Portion „heiliges Wasser“ an Gläubige abzugeben. Der Apparat besteht aus einem großen Tonkrug. Darin ist ein Ventil mit Ausguss eingebaut. Ein kleiner Teller, an einem Hebel befestigt reguliert die Wasserabgabe. Die Sache funktioniert wie folgt:



Der älteste Verkaufsautomat

Das Geldstück wird von oben eingeworfen. Es fällt auf den kleinen Teller. Durch das Gewicht des Geldes wird der Teller nach unten gedrückt. Dadurch geht der Hebel auf der anderen Seite hoch und zieht das Ventil hinauf. Nun kann das Wasser ausfließen. Der Teller sinkt immer mehr, dadurch stellt er sich schräg, das Geldstück rückt ab und fällt auf den Boden des Kruges. Nun schließt sich das Ventil wieder und das Wasser kann nicht mehr ausfließen.

Sein modernen Verkaufsautomaten hat sich eigentlich nicht viel geändert, wie die andere Abbildung zeigt. Auch hier bildet das Gewicht des Geldes die entscheidende Auslösung. Der Vorgang ist folgender:

Durch die Röhre Ka (Geldkanal) fällt das Geldstück in auf das Blech B. Dieses Blech wird durch die Feder F nach oben gedrückt. Die Feder ist so gewickelt, daß sie dem Druck des Geldstückes etwas nachgibt. Dann wird B so weit herabgedrückt, daß es mit der ersten Ausnehmung unter die Kante a zu liegen kommt. Dadurch ist es jetzt möglich, den Knopf K zu ziehen und damit die Ware, die sich im Behälter S befindet, herauszunehmen. Beim Herausziehen wird das Geldstück M heruntergestreift und fällt in den Geldschalter G. Hat man die Ware herausgenommen, so wird der Knopf S wieder zurückgestoßen. Dabei wird er wieder mit einem Stück der Ware gefüllt, die sich im Vorratskasten A befindet. Das Blech B wird durch die Feder wieder nach oben gedrückt, so daß die Kante a alles festhält und das Spiel kann von neuem beginnen.

Nach diesem Grundtyp sind fast alle Verkaufsautomaten gebaut. Bei manchen werden noch elektrische Kontakte

geschlossen oder Motore in Bewegung gesetzt, aber grundsätzlich ist überall eine ähnliche Konstruktion in Anwendung.

Man kann heute aus Automaten fast alles bekommen, besonders in Amerika, England und Dänemark. Um nur eine kleine Auswahl zu nennen:

Schokolade, Zigaretten, Parfüm, Zettungen, Fahrkarten, Marken, Getränke aller Art, Essen in den automatischen Restaurants, Papiere für Autos, Sicherheitsnadeln, Zündhölzer, Herrentragen, Taschentücher, Filmpads usw.

Ein amerikanischer Automat „erkennt“ den Menschen wirklich ziemlich „vollkommen“. Indem er folgendes ausführt: Man wirft 20 Cents ein, dann bekommt man 6 Zigaretten, eine Schachtel Streichhölzer und 5 Cents zurück; gleichzeitig ertönt eine Stimme, die sagt: „Vielen Dank. Es wird Ihnen gut schmecken.“

Neuerdings will man auch Sparautomaten und Versicherungsmaschinen aufstellen. Beim Sparautomaten soll es z. B. so sein, daß man den Betrag einwirft und dann, wie auf der Sparkasse, eine Quittung mit Datum und Unterschrift erhält. Ob es, wenn man sein Geld wieder zurück haben will, auch so klappt, ist eine andere Frage, vielleicht ertönt dann nur eine Stimme: „Bedauere sehr, eben pleite.“

In Deutschland sind zur Zeit 200 000 Automaten aufgestellt. Die Automatenindustrie verhandelt eben, um 1 Million in Betrieb zu setzen. Tatsächlich geht in Dänemark z. B. bereits ein Viertel des ganzen Einzelhandelskonsums durch den Automaten. Bei uns wehren sich die Einzelhändler vorläufig noch mit einem gewissen Erfolg gegen den Automaten, den sie als Konkurrenz fürchten. Man sieht auch an diesem Beispiel, wie der Kapitalismus den technischen Fortschritt aufhält, denn solange es Privatkapital gibt, muß der Mensch fürchten, daß die Maschine ihn brotlos macht. Im sozialistischen Staate werden diese Hemmungen natürlich fortfallen. Man wird dort von Automaten weitgehend Gebrauch machen, wird die menschliche Arbeitskraft entlasten, sie anderen, wichtigeren Aufgaben zuwenden oder bei vollem Lohnausgleich die Freizeit verlängern.

In der Sowjetunion sah ich eine sehr bezeichnende Anwendung des Automaten im Moskauer Kulturpark. Da hängen an den Bäumen große Tafeln, die befehlende Fragen enthalten. Beispielsweise: Aus wieviel Teilen besteht ein Traktor? Wodurch bekämpft man Tuberkulose? usw. Nun entwickelt sich folgendes Spiel: Einer nimmt eine Kontaktschnur zur Hand und steckt das eine Ende in die linke Tafel, wo die Frage aufgeschrieben ist. Rechts befinden sich verschiedene mögliche Antworten. Nun steckt er das andere Ende der Kontaktschnur in jene Antwort, die er für richtig hält. Hat er richtig „geippt“, so leuchtet eine Lampe auf. War es falsch, so bleibt die Lampe dunkel und die Zuschauer lachen ihn aus. So dient der Automat im Vaterland der Werktätigen, in der Sowjetunion, sogar der Belehrung, der Schulung im Zeichen des sozialistischen Aufbaues.

Keinem fällt es dort ein, sich gegen technische Errungenschaften zu wehren. „Mensch oder Maschine“ ist keine Existenzfrage mehr, denn Mensch und Maschine schaffen, wenn man so sagen darf, vereint am großen Werk.

In Deutschland konnte soeben eine bezeichnende Broschüre gegen die Automaten erscheinen (Herausgeber: Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband usw.), worin von allerlei Doktoren und Söldnern nachgewiesen wird, daß „technischer Fortschritt und wirtschaftlicher Fortschritt nicht dasselbe sind“. In den kapitalistischen Staaten stimmt das zumeist, und dieser Widerspruch ist einer der Widersprüche des kapitalistischen Systems, die in Krisenzeiten besonders drage zum Ausdruck kommen. Man kann das „bedauern“ und dagegen „protestieren“, aber dadurch wird nichts geändert. Wer dazu beitragen will, daß technischer und wirtschaftlicher Fortschritt eine Einheit werden, daß die Technik allen Arbeitenden dient und nützt, muß das kapitalistische System bekämpfen und sich mit seiner ganzen Kraft für die Ziele des revolutionären Proletariats einsetzen.

Wolfgang Hagen.



Ein Engländer hat diesen „Robot“, diesen „künstlichen Menschen“ hergestellt von dem die bürgerliche Presse sagt, er sei das Vollkommenste, was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde. Der Robot kann sprechen, singen, eine halbe Stunde lang pfeifen, sich unterhalten und — was besonders betont wird — einen Revolver abschießen.

Ersatz für Kulturpolitik Klatsch und Schnüffelei

Die Berliner Nazis geben eine Zeitschrift „Der Deutsche Film“ heraus. Das Niveau dieses Käseblättchens ist unbeschreiblich niedrig. Man sucht in den bisher erschienenen Nummern vergebens nach irgendeiner konkreten, greifbaren Erklärung, wie eigentlich die „deutsche Filmkunst“ aussehen will, von der so viel gebrüllt wird. Dafür aber findet man reichlich „kulturpolitische Notizen“ dieser Art:

„Kurz nach Kriegschluß trat Rudolf Meinert (Regisseur des nationalen Films Die elf Schillischen Offiziere, D. Reb.) der SPD bei. Er inszenierte den revolutionären Film Ferdinand Lassalle. — Meinert, ein Volkblutjude, der seine Gesinnung zu jedem Zweck wechsellernen würde, ist einer jener Juden, die niemals einem Nichtjuden Beschäftigung geben würden außer „Christenmädchen“, wie sie sein ehemaliger Kompagnon in der Na (eine Berliner Filmfirma, D. Reb.) Sallitover für seine perversen Gelüste benötigte. (Dieser Herr S. brach sich bei einer Rodelfahrt am Weißen Hirsch das Bein; seine kleine Geliebte, eine Angestellte der Na, mußte übers Weelend nach Dresden fahren und die Ruten mitbringen, mit denen sie der ans Bett gefesselte S. mörderisch verprügelte.) — Rudolf Meinert wußte von den Scheußlichkeiten seines Teilhabers, ohne auch nur ein Wort dagegen zu sagen. — Derselbe Meinert künwert sich nun plötzlich sehr um die deutsche Geschichte und die deutschen Belange. . . Da muß man wahrlich mit Stentorstimme hinausreißen: Deutschland erwache!!!“

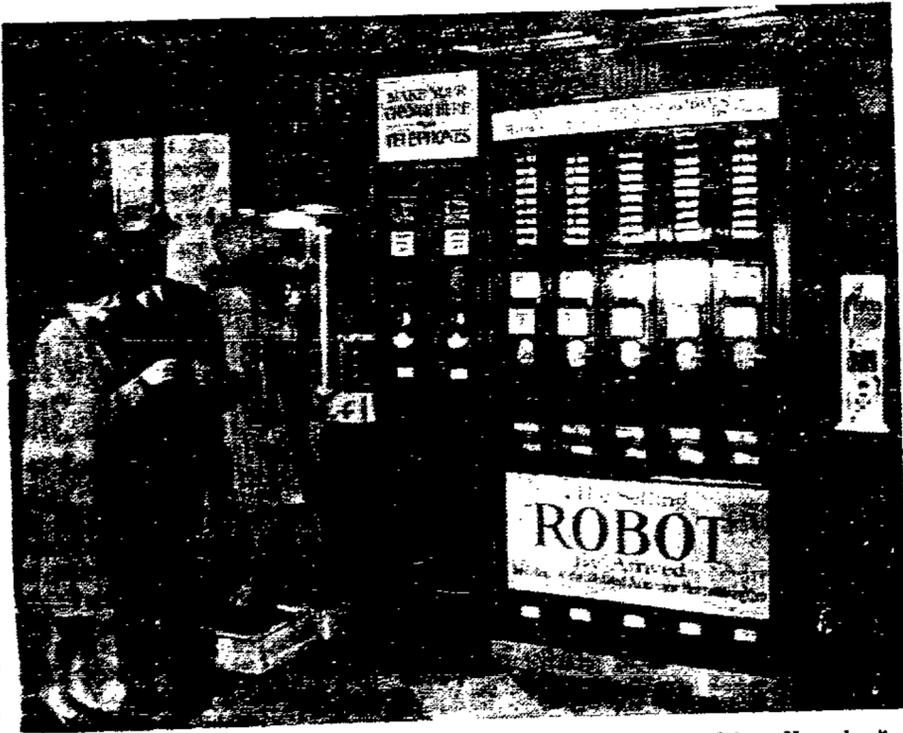
Aus der „Sowjethölle“

Deutscher Gesenk-Heiß- u. Kalt-Pressen-Werkzeug-Spezialist

Ingenieur

sucht neuen Arbeitsbereich, nur in Moskau

ca. 2 Jahre in d. UdSSR tätig, ca. 14 Jahre Spezialerfahrung in Deutschland. Wohnungsstellung von 3 Zimmer-Wohnung — Bedingung.



Hier sehen wir einen „Selling Robot“, auch eine Art von „künstlichem Menschen“, ein technisch sehr vollkommener Automat, der zum Verkauf von allerlei Waren dient. Diese automatischen Läden gibt es in Amerika und den skandinavischen Ländern

Diese Annonce finden wir in der neuesten Nummer der „Moskauer Rundschau“. Sie zeigt, daß die deutschen Ingenieure und Spezialisten sich nicht im geringsten danach sehnen, aus der „Sowjethölle“ nach Deutschland zurückzukehren. Das ist ja auch verständlich, denn wo anders als in der UdSSR wird heute noch die Arbeitskraft eines erfahrenen Technikers so geschätzt und benötigt, daß er die Annahme einer Stellung soart von Bedingungen abhängig machen kann . . .

Hitler und Papen haben das gleiche Ziel

Rom, 31. August. Die faschistische Zeitung „Gazetta del Popolo“ schreibt zu dem Wirtschaftsprogramm Papens u. a. folgendes: „Wenn er (Papen) auch in seiner letzten Rede gegen Hitler sehr bestimmt aufgetreten sei, habe er doch zur gleichen Zeit durchbliden lassen, daß eine nationale Kraft, wie sie von Hitler verkörpert werde, nicht auf die Dauer in Opposition gegen eine Regierung bleiben könne, deren letzte Ziele wesentlich mit denen der Braunhemden zusammenfallen. So groß die Unterschiede im einzelnen auch sein mögen, das Endziel sei das gleiche.“

Sozialdemokratische Presse lobt Papen

Ebenso bezeichnend ist die Stellungnahme des sozialdemokratischen „Daily Herald“, der im Zusammenhang mit der Reichstagsöffnung der faschistischen Papen-Regierung folgendes Lob ausspricht: „Die Auflösung des Bourgeoisstaates, die Clara Zetkin vorausgesehen hat, ist noch keineswegs so sicher, obwohl die Regierung Papen-Schleicher vielleicht Fehler gemacht habe. Sie ist aber doch die Regierung gewesen, die die Ordnung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau versprochen hat. Und man kann annehmen, daß Deutschland von seinem berühmten Feldherren zusammen mit einer Anzahl von Personen, die sein Vertrauen genießen, weiter regiert wird.“

Diese Lobhymne auf Papen und Hindenburg zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern, daß die sozialdemokratischen Führer nicht davor zurückschrecken, ihre Büdlinge vor der faschistischen Reaktion zu machen.

Kämpfe zwischen Farmern und Polizei

Newport, 1. September. Seit längerer Zeit stehen die Farmer im Staate Iowa im Viehfest. Der Streik führte nun zu schweren Zusammenstößen mit den Polizeitruppen. Durch einen brutalen Polizeiangriff wurden 15 Farmer verwundet und einer getötet. Es ist wahrscheinlich, daß der Streik auch auf die Staaten Indiana und South Dakota übergreift. Die Farmer halten die Zufahrtsstraßen zu den Städten besetzt, um eine Durchbrechung ihrer Streikfront zu verhindern.

★

Warschau, 31. August. Die faschistische Pressezensur in Pilsudski-Polen hat bisher die Nachrichten über schwere Bauernunruhen in der polnischen Ukraine zu unterdrücken vermocht. Erst jetzt werden die blutigen Ereignisse im östlichen Polen bekannt. Ein Teil der ukrainischen Bauern an der polnisch-russischen Grenze weigerten sich vor einiger Zeit, die erdrückenden Steuern zu bezahlen. In vielen Orten kam es zu schweren Unruhen, die von der Polizei und in aller Eile zusammengezogenen Truppen ausblutigt unterdrückt wurden. Bei den Kämpfen wurden zahlreiche Bauern und mehrere Polizisten getötet. Die Bauern ganzer Dörfer haben ihre Wohnungen verlassen und sind in die Wälder geflohen.

Kettet das Leben des Arbeiters Militärisch!

Vor einigen Wochen wurde in Subetiza (Jugoslawien) der Arbeiter Petko Miletsch auf der Straße verhaftet. Er wurde denunziert, daß er ein aktiver Kommunist sei und wurde in das berühmte Belgrader Gefängnis Glavnjatscha verschleppt, wo er wochenlang unmenschlichen Torturen und Folterungen unterzogen wurde. Trotzdem keine Beweise für seine angebliche kommunistische Tätigkeit vorliegen, trotzdem weder bei ihm noch in seiner Wohnung irgend etwas Kompromittierendes gefunden wurde, haben die berühmten Belgrader Henker die Folterungen fortgesetzt. Die letzten Berichte aus Glavnjatscha melden, daß er infolge dieser Folterungen bewegungslos in seiner Zelle liegt, durch schwere Ketten festgebunden.

Die rote Hilfe Jugoslawiens appelliert an die gesamte internationale Arbeiteröffentlichkeit, durch eine mächtige Protestwelle das Leben dieses Opfers des jugoslawischen weißen Terrors zu retten.

Belgische Regierung wankt unter den Schlägen des Massenstreiks

Schwere Zusammenstöße im Streikgebiet — Verstärkt die Solidaritätsaktionen

Brüssel, 1. September. Im belgischen Streikgebiet haben sich am Mittwoch mehrere größere Kämpfe ereignet. Bei Lüttich gingen streikende Arbeiter gegen drei Streikbrecher vor, die von einem großen Polizeiaufgebot geschützt wurden. Ein Arbeiter wurde dabei verletzt.

In Montegnée fand eine riesige Streikdemonstration statt, an der über 3000 Arbeiter beteiligt waren. Verittene Gendarmerie attackierte die Demonstranten, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam, in deren Verlauf mehrere Arbeiter verletzt wurden.

Infolge des belgischen Massenstreiks spricht man in Brüssel bereits offen von einem Regierungssturz, da die Regierung nicht imstande ist, der wachsenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Unzuverlässigkeit der Gruppen muß nun selbst von der

bürgerlichen Presse zugegeben werden, die in den letzten Tagen einen Brief mehrerer Soldaten veröffentlicht, in dem die Soldaten sich darüber beschwerten, daß sie immer noch im Streikgebiet festgehalten werden.

Den reformistischen Führern gelingt es nur noch mit Mühe, die Arbeiter der übrigen Industriegruppen von Solidaritätskämpfen zurückzuhalten, weil sie wissen, daß die Verbreiterung des Streiks auf die übrigen Industriegruppen die beste Garantie für den Sieg der belgischen Bergarbeiter sein wird. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei, deren Einfluß immer stärker anwächst, sind unermüdet tätig für die Verbreiterung des Streiks. Um so mehr ist es die Pflicht des deutschen Proletariats und besonders der Bergarbeiter, auf die die Zeichenbarone einen neuen Angriff unternehmen, mit allen Kräften für die aktive Unterstützung der belgischen Bergarbeiter einzutreten und ihnen Sieg zu sichern, der gleichzeitig auch eine schwere Niederlage der deutschen Lohnräuber sein würde.

Streikverschärfung in Lancashire

Die Streikenden beantworten den reformistischen Appell an die Regierung mit Wahl von Streikleitungen und Massendemonstrationen

Manchester, 1. September. In dem Kienkampf der Baumwollweber von Lancashire ist eine Streikverschärfung eingetreten. Zahlreiche neue Betriebe haben sich dem Streik angeschlossen, so u. a. in Acrlington und Chorley, in Barnoldswick und Bacup, sowie in Blackburn. Die Aktivität der Massenstreikposten hat außerordentlich stark zugenommen. Vielfach demonstrierten die streikenden Arbeiter eines Betriebes oder sogar ganzer Ortschaften zu anderen Betrieben, wo die Arbeiter noch nicht in den Streik getreten waren und veranlaßten durch ihr geschlossenes Auftreten den Anschluß dieser Betriebe an den Streik.

In Great-Harwood kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei. Die Massenstreikposten wurden wiederholt von der Polizei mit Knüppeln angegriffen, wobei die Arbeiter den Polizeiatlanten entschlossenen Widerstand entgegensetzten.

Unter der Initiative der kommunistischen Partei und der Minderheitsbewegung beginnen die Arbeiter bereits, sich ihre eigenen Streikleitungen zu wählen, die im Gegensatz zu den reformistischen Führern für eine weitere Streikverschärfung und Ausdehnung eintreten. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt im ganzen Lande eine große Kampagne durch, um den streikenden Webern die Unterstützung aller Arbeiter zu sichern.

Die bürgerliche Presse ist gezwungen, sich mit der gewaltigen Ausdehnung der Massenstreikpostenbewegung zu beschäftigen und zuzugeben, daß durch diese Massenstreikposten der Streik schnell ausgedehnt wird. So berichtet zum Beispiel der „Manchester Guardian“, daß in Oswaldtwistle 1500 streikende Weber vor einen Betrieb zogen, in welchem noch einige Streikbrecher arbeiteten. Sämtliche Straßen waren von diesen Massenstreikposten besetzt worden und die Streikbrecher mußten unter den erniedrigenden Zurufen der Streikenden Speigruken kaufen. Am nächsten Morgen kam kein Streikbrecher mehr in den Betrieb. Diese Beispiele sind außerordentlich zahlreich und sie zeigen die ungeheure Aktivität der streikenden Baumwollweber.

Die Scharfmacherpresse läßt deutlich erkennen, daß sie mit dem Verhalten der reformistischen Führer außerordentlich zufrieden ist. Besonders anerkennend spricht sie sich über den Appell der Bürokratie an die Regierung aus. Außerdem bringt sie zum Ausdruck, daß sie damit rechnet, daß der Streik durch den Hunger zugrunde gerichtet wird. Die Internationale Arbeiterhilfe, die bereits in tatkräftiger Weise im Streikgebiet von Burnley eingegriffen hat,

ist unermüdet tätig, um den streikenden Baumwollwebern proletarische Solidarität zuteil werden zu lassen. Die deutsche Arbeiterschaft, gegen die die Unternehmer und die Papen-Regierung eine neue Lohnabbauoffensive eröffnen, müssen sofort in allen Betrieben Solidaritätsaktionen für die kämpfenden englischen Textilarbeiter einleiten und eine feste Kampffront für die Unterstützung des englischen Weberstreiks und für ihre eigenen Forderungen errichten.

Streikausdehnung im Kriegshafen Gdingen

Warschau, 1. September. Im Hafen- und Transportarbeiterstreik im polnischen Kriegshafen Gdingen ist eine bedeutungsvolle Streikverbreiterung eingetreten. Die Angehörigen der Handelsmarine haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Die in Gdingen einlaufenden Schiffe können nicht gelöscht werden.

Am Dienstag kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern, die einen schwedischen Baumwolldampfer zu löschen versuchten. Obwohl ein riesiges Polizeiaufgebot zur Stelle war, war dieses doch machtlos, da die streikenden Arbeiter außerordentlich entschlossen auftraten und einige ihrer Kameraden, die verhaftet worden waren, wieder befreiten. Die Unternehmer haben eine Abordnung nach Warschau geschickt, um bei der Regierung die Niedererschlagung des Streiks mit den härtesten Mitteln zu verlangen, da der Kampf die „nationalen Interessen Polens stark schädige“.

Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter in Japan

Tokio, 1. September. In Tokio und anderen Städten wurden unter den proletarischen Funktionären neue Massenverhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich auch 50 Mitglieder der proletarischen Kulturföderation in der Stadt Kore. In der Nähe dieser Stadt sollten demnächst große Manöver stattfinden. Die Verhaftungen erfolgten unter der Anklage, daß die Arbeiterorganisationen unter den Truppen eine Propagandatätigkeit entfalten wollten.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

25. Fortsetzung

Der Erste küstete seine Augenbrauen. „So, das steckt dahinter! Sie mit ihren gottverdammten bolschewistischen Hehreden! Sie haben das angezettelt, was? Nun, mit Ihnen werden wir ein anderes Lied singen!“ Der Erste wurde grimmig. Seine Faust schlug vor Slims Gesicht. „Zum Teufel mit Euren Komitees! Dies ist kein bolschewistenschiff!“ Sieh an die Leute wendend, lauchte er weiter: „Jeder, der diesem Bolschewisten hier beisteht, — jeder, der die Arbeit verweigert, soll sich sofort beim Kapitän melden!“

Stanley, Eddie, Gunnar und einige andere kamen aus ihren Kojen. Der Erste machte fecht und dampfte hinaus. Sein Schlepplahn laschte gebrochen hinterdrein.

XXVII.

Eine Frage der Taktik.

„Well, was werden wir jetzt tun?“ wollte der Pole wissen. Auch einige andere sahen unsicher aus.

„Wißt Ihr, was der Erste gemeint hat?“ plähte der Professor heraus mit Augen, die so groß waren wie seine Brillengläser. „Meutererei!“

Wichtig blickte er auf Slim.

„Ja, das Wort habe ich schon mal gehört,“ erwiderte dieser lächelnd. „Was meinst du, worüber wir zu Friz, Shorty und Barney besprochen haben?“

„Hey, komm zurück hier!“ brüllte Gunnar und sprang hinter Suomi her. „Wo willst du hin, du Nas!“

„K-r-r-aus, r-auf, zum Kapitän.“

„Hierbleiben! Wenn wir zum Alten gehen, dann gehen wir alle!“ Gunnar zerrte ihn am Hosensboden zurück in die Koje.

Gunnars Verhalten war für die anderen überzeugend. Dieser jämmerliche Kerl wich vor seiner knochigen Faust förmlich zurück. Er setzte sich auf die Bank und Gunnar hielt neben ihm Wache.

Lag stieg in seine Schuhe. Slim überholte die Lage.

„Ich sehe nicht ein, warum wir alle rausgehen sollen. Wir haben ein Komitee gewählt. Gunnar, der Professor und ich, wir werden zu seiner Majestät gehen.“

„Du hast doch gehört, was der Erste sagte!“ antwortete Slim.

„Weshalb die Schwierigkeit noch größer machen?“

Der Pole stimmte dem zu. „Wir werden alle rausgehen!“

„Aber weshalb denn?“ rief Slim. „Wozu haben wir das Komitee? Schlachtet dir der Hintern, weil der Erste ‚Bolschewik‘ gesagt hat?“

„Noch ein Wort und ich lasse Sie in Eisen legen! Sie Gottverdammter Bolschewik!“

Slim biß sich auf die Lippen und zwang sich zur Ruhe. Keine Heberreißung! Besser, wenn der Alte ansing.

„Gottverdammter Bolschewik!“ wiederholte der Käppen nachdrücklich. Dann legte er wieder los.

„Ihr Gefindel! Wißt Ihr, was ich mit Euch machen kann? Ich kann Euch in Eisen legen und Euch als Meuterer verhaften lassen!“

Die Machtprobe behagte dem Alten. Sein Auge fiel auf Slim und den kleinen Finnen. „Und Ihr beiden da! Ihr habt nicht mal amerikanische Bürgerpapiere! Mit Euch tanzt man nach besonderer Melodie!“

Die Beiden sahen aus, als ob sie ganz gut wüßten, was Deportation heißt.

„Gestatten Sie, Kapitän!“ Eine neue Stimme sprach. Der Leichtmatrose Professor. Seltsam, der Kapitän ließ ihn tatsächlich sprechen. „Wozu die ganze Quatscherei? Wir wollen einen Dollar Lohn pro Ueberstunde und einen freien Tag im Hafen morgen. Außerdem einen freien Tag für jeden Sonntag, den wir auf See verbringen. Sonst arbeiten wir nicht!“

Der Kapitän glökte ihn an. Dann glökte er den Ersten an. Der Erste machte ein langes Gesicht und glökte den Bootsmann an. Und der Bootsmann sah so doof aus, wie das Ende der Welt.

„Einen Dollar die Stunde und einen freien Tag!“ echote der Kapitän. Er traute seinen Ohren nicht. „Wer verlangt das!“

„Wir alle! Krieges wir das, ist die Sache schon erledigt!“ versprach der Professor versöhnlich. Der Kapitän reckte sich. „Die Reederei bezahlt keine Ueberstunden. Hat niemals welche bezahlt und wird niemals welche bezahlen! Nicht auf einem einzigen Schiff!“

„Well, machen wir aus einer schlechten Gewohnheit eine gute!“ schnurrte Slim.

Der Kapitän tat, als ob er nichts höre und sprach weiter zum Professor: „Außerdem kann ich keine Ueberstunden bezahlen. Das muß die Reederei erst bewilligen!“

„Warum sollte die das nicht bezahlen?“ meinte der Professor. „Tatsächlich bin ich in der Lage, festzustellen, daß die Reederei nicht schlecht an Fracht und Postverträgen verdient, gar nicht zu sprechen vom Passagiergeschäft.“

„Dann weißt du mehr, als ich weiß“, meinte der Kapitän. Er überlegte eine Minute. Nerven trommelten seine Finger auf dem Tisch.

„So, einen Dollar die Stunde und einen freien Tag morgen wollt ihr, hey?“

Einige der Leute nickten.

„Nun, ich will euch was sagen! Ich bin nur der Führer dieses einen Schiffes, das der Grantic-Line gehört. Und letzten Endes bin ich ja auch nur bezahlter Angestellter. Ihr werdet verstehen, daß ich alles für euch tun werde, was in meiner Kraft liegt. Den freien Tag im Hafen morgen bekommt ihr. Die weiteren freien Tage werdet ihr auch bekommen — in Newport!“

Die Drohung, die hinter diesen Worten steckte, war jedermann deutlich.

Der Kapitän wandte sich dem zweiten Punkt zu: „Heuern zu bezahlen, die nicht in der Musterrolle vorgeführt sind, dazu habe ich kein Recht. Ich verspreche euch aber eins: Sobald wir in Newport ankommen, werde ich diese Angelegenheit bei der Reederei vorbringen und tun, was ich kann.“

Erneut säuberte der Kapitän seinen Schlund. „Well, Boys, ihr seht selber, mehr kann ich nicht tun. — Törnt nun zu und seht die Räume. Bootsmann, Sie werden die Stundenanzahl notieren und mir eine Aufstellung darüber geben.“

„Jawohl, Herr!“ antwortete der Bootsmann. Einige von den Leuten wollten schon gehen.

(Fortsetzung folgt)

Ortsverwaltung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes sabotiert den Kampf um die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen

(Gewerkschaftskorrespondenz)

Breslau. Am Dienstag fand im Gewerkschaftshaus die Mitglieder-beratung der Herren- und Damenmajordame im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband statt. Auf der Tagesordnung standen: Lohnverhandlungen in der Herren- und Damenmajordamerei und Verchiedenes.

Hilflose Dilemmata berichtet über die Lohnverhandlungen, welche dem 20. bis 22. August in Dresden, unter Vorsitz von Professor Dr. Krahn, der für Arbeiterinteressen wohl besonderes Verständnis hat, ein Schiedsspruch gefällt, der eine Verschlechterung des Stundenlohnes von 11—12 Prozent und der Stundenzeit um 6—8 Prozent aufwies. Durch Umgruppierung verschiedener Orte in mehrere Einklassigen, sowie durch Einführung der Doppeltarife (d. h. in einem Betriebe, können zwei verschiedene Tarife bezahlt werden), ist eine weitere Verschlechterung der Hungerlöhne entstanden. Der Schiedsspruch, der bis zum 31. Januar 1933 Gültigkeit hat, bringt eine Verschlechterung des Stundenlohnes in der höchsten Gruppe von 1,00 RM auf 90 Pf., und in der niedrigsten Gruppe (Städtegruppe 7) von 60 Pf. auf 52 Pf. in der Herrenmajordamerei.

Für Breslau kommen nach diesem Schiedsspruch nun folgende Einnahmen in Frage:

Für Ortsklasse 1.	77 Pf.
" " 2.	73 "
" " 3.	69 "

Die neuen Hungerlöhne sind wir nun unter die Löhne vom April 1925 gesunken.

Bezeichnend für die Ortsverwaltung ist, daß sie zu diesem ungeheuerlichen lehnrechtlichen Schiedsspruch keine Stellung genommen hat und es abgelehnt hat, Kampfmaßnahmen vorzuschlagen und durchzuführen. Im Gegenteil, den Mitgliedern wurde empfohlen, diesen Hunger-Schiedsspruch anzunehmen. Trotz kritischer Stellungnahme zweier oppositioneller Kollegen, welche zum Kampf aufriefen, ergab die Abstimmung 31 für und 5 gegen die Annahme des Schiedsspruches.

Bei der weiteren Aussprache über den Kampf gegen die Verschlechterung der Löhne, die Notverordnung usw. wurde folgende Resolution von oppositionellen Kollegen eingebracht:

Die am 30. August 1932 versammelten Mitglieder des Bekleidungsverbandes fordern von der Ortsverwaltung Breslau vom DVA, daß an den Reichstag folgendes Telegramm gesandt wird:

1. Sofortige Aufhebung der Notverordnung, welche die Standgerichte eingeführt hat.
2. Freilassung aller proletarischen Gefangenen, insbesondere der Opfer der Sonder- und Standgerichte, die in der letzten Zeit, z. B. Bricq, Hamburg, Berlin, verurteilt wurden.
3. Sofortige Auflösung der SA und SS. und Schließung der SA-Häusern.
4. Amnestie für alle proletarisch-politischen Gefangenen.
5. Schluß mit dem Lohn- und Unterdrückungsbau und Erhöhung der Löhne und Unterdrückung, um ein menschliches Dasein zu ermöglichen.

Das Verhalten der Ortsverwaltung zu dieser Resolution war geradezu skandalös. Wenner und Dilemmer schritten die Resolution als „unreif“ ab. Also diesen Leuten ist es gleich, ob ihre von den Sondergerichten zu ungeheuren Strafen verurteilten Reichsbanner- und DVA-Genossen freikommen oder nicht. Die Forderungen erkannten sie im Widerspruch als für richtig an, lehnten aber die Abstimmung über die Resolution ab, weil die Kollegen volles Verständnis dafür hatten und Ausschluß auf Annahme derselben war. Der Verlesungsleiter schloß kurzerhand die Versammlung.

Hierin liegt der Verrat dieser sogenannten Arbeiterführer, die uns vorreden, unsere Interessen zu vertreten. Die Kollegen des Verbandes werden auch daraus erkennen, daß es notwendig ist, die Opposition im Verbands zu stärken. Nur durch den Kampf auf außerparlamentarischer Massengrundlage, wird es möglich sein, alle Angriffe

auf unsere, ohnehin schon schlechte Lebenshaltung, abzuschlagen. Deshalb schiebt die rote Einheitsfront und legt allen Saboteuren der Arbeiterinteressen ihr Handwerk. Indem ihr euch mehr als bisher der Antifaschistischen Aktion anschließt, schafft ihr dazu die Grundlagen.

Trotz alledem!

Bricq. Vorfrieden! Das heißt Versammlungs- und Demonstrationsverbot für die Arbeiterchaft. Wenn es sich um Faschisten handelt, existiert dieser Ausfriede nicht. Das hat uns erst das Nazi-„Sportsfest“ in Breslau vom Sonntag bewiesen, wo nicht nur Nordbreiten gegen die revolutionäre Arbeiterchaft gehalten, sondern wo selbst regelrechte Bürgerkriegszustände abgehalten wurden. Und in Bricq? Am Sonntag fuhr hier ein Lastwagen mit Anhänger voll Antifaschisten gehandelt hätte, hätte die „Volkspolizei“ sofort etwas zu beanstanden gewußt, aber so waren es ja nur „harmlose“ Faschisten, die wahrscheinlich von der Polizei gar nicht beachtet wurden.

Das hält man kaum für möglich!

Bricq. Vor längerer Zeit bot sich der Arbeiter Ulrich bei dem Kinobesitzer der „Schauburg“ und dem „Palasttheater“ als Polizeibewacher an. Während die Angestellten im Vorführerraum zur Zeit einen Wochenlohn von 35—40 Mark erhalten, bot sich dieses „aufbauende“ Element für 20 Mark Wochenlohn zu arbeiten, an. Das war jedoch dem Direktor zu auffallend und er lehnte das Angebot ab. Aus Verärgerung darüber ist nun Ulrich denselben Weg gegangen, den der ehemalige Kinobesitzer König ging und landete dort, wo alle verachteten Existenzen von Bricq landen — bei der NSDAP. „Heul Hitler!“

NSA Schwarz-Weiß. Unsere Bogabteilung hält ihre Übungsabende jeden Montag und Mittwoch bei Gadyan, Bergmannstr. 12, ab. Beginn 20 Uhr. Arbeiterpartei, welche dieser Abteilung beitreten wollen, melden sich dortselbst. — Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Inhaber unseres Vereinslokales nicht Nazi ist. Wir bitten, derartigem verleumdenden Gerücht mit allem Nachdruck entgegen zu treten.

SPD.-Mitglieder meutern!

Aus zahlreichen Berichten aus dem ganzen Reich tritt immer wieder aufs Neue hervor, daß in den Mitgliedermassen der SPD. eine ungeheure Gärung herrscht, die sich in unzähligen Versammlungen in heftigsten Worten gegen die Führung der SPD. und ihre Politik Luft macht. Wir wollen, um die Stimmung der SPD.-Mitglieder zu kennzeichnen, einige Berichte aus SPD.-Versammlungen wiedergeben:

Am 17. August fand in Berlin-Spandau ein Jahlabend der 61. Abteilung statt, auf dem Dr. Eberlein als Referent mit radikalen Phrasen die Mitglieder zu beschwichtigen suchte. Als er seine Rede beendet hatte, versuchte der Vorsitzende eine Diskussion mit der Bemerkung abzuwürgen, der Referent habe wohl allen aus dem Herzen gesprochen. Aber damit kam er bei der Mitgliedschaft nicht gut an, sondern sie beschloß Diskussion. Der erste Diskussionsredner, Lange, erklärte unter dem Beifall der Genossen:

„Wenn man eine andere Meinung als die Parteileitung zum Ausdruck bringt, kam man bisher immer in den Verdacht, Kommunist zu sein. Damit macht man alle unbedequate Opposition tot. Wir sind ein Kleinbürgerlicher Verein geworden. Alles ist satt und zufrieden. Wir haben die Willkür der Bürgerlichen angenommen. Die führenden Genossen fühlen sich nicht mehr als Vertreter unserer Klasse. Durch die Koalition mit den bürgerlichen Parteien haben wir jeden Kredit bei den Proleten verloren. Jetzt handelt es sich um die Frage, ob wir weiter in das Kleinbürgerliche Lager hineintreten wollen, oder ob wir uns darauf besinnen wollen, daß wir zum Proletariat gehören. Wir müssen die links von uns stehenden Arbeiter als Genossen betrachten und mit den Kommunisten zusammengehen. Unsere Parteiführung und Presse beginnt schon, die jetzige Regierung als das „kleinere Uebel“ zu betrachten.“

Ein zweiter Diskussionsredner forderte auf, die Mitglieder sollten aufpassen, daß die Parteiführung nicht wieder eine neue Tolerierungspolitik treibe und die Papen-Regierung als „kleineres Uebel“ hinstelle. „Im Vorwärts“ war schon so allerhand zu lesen, was in diese Richtung deutet. Ich sage euch aber, dann ist die SPD. vollkommen erledigt.“ Zum Schluß sprach er die Befürchtung aus, daß „viele unserer lieben Funktionäre schleunigst unter die Zahnen Hitlers treten“ würden.

Ein dritter Diskussionsredner, Schlanerz, führte aus: „Wir sind nur noch eine bürgerlich-demokratische Partei; wir sind vom sozialistischen Standpunkt abgedrängt worden. Wir haben durch die Tolerierungspolitik das Vertrauen der Wähler verloren. Aber der Vorwärts' Klingt schon wieder verflucht nach Tolerierung. Das wäre eine Belastungsprobe, die die Partei nicht aushalten würde.“

Dann kritisierte dieser SPD.-Mann das Verhalten von Seering und Grzejinski am 20. Juli in Worten, die sich an Schätze nicht überbieten lassen.

In einer anderen Mitgliederversammlung in Berlin (23. Abteilung) hielt der Referent Haubach eine Rede über die Lehren der Reichstagswahl und warnte, daß sich die Mitglieder ja nicht zum Streit verführen lassen sollten. „Der Streit ist heute kein Kampfmittel mehr“ (!). Um den schlechten Eindruck dieses Teils seiner Rede abzumildern, wurde er dann sehr radikal und kritisierte: „Im Vorwärts' Hand: Papen gegen Hitler! — Das würde ungefähr darauf hinauslaufen, daß Papen das kleinere Uebel ist.“ Hier erhallten von verschiedenen Seiten Zwischenrufe: „Das kommt auch noch!“

In der Diskussion setzte der als äußerst parteitreue Mitglied bekannte Gregor Biehoff alle in Erstaunen durch seine scharfen Angriffe gegen die Parteileitung:

„Der Weg der SPD., durch Demokratie in den Sozialismus hineinzuführen, ist eine Illusion. Wir brauchen eine revolutionäre Partei mit einem revolutionären Ausweg. Es war ein schändliches Verbrechen, den Staat der Bourgeoisie gegen die Kommunisten zu verteidigen. Unsere Leute an der Spitze sind keine Führer, sondern nur Beamte. Lenin war das Vorbild eines solchen Führers. Wir brauchen zielbewußte Führer. (Zwischenrufe: Wie Stalin!) Jawohl, Kuchland hat einen Führertypus geschaffen wie Stalin, der nicht

Im Arbeitsdienstlager Schwufen bei Glogau

erkämpften die Jungarbeiter unter Führung des KJD. eine Herabsetzung der Arbeitszeit um drei Stunden

Jungerverbstöße, Arbeitsdienstler!

In allen schlesischen Arbeitsdienststätten müßt ihr kämpfen um tarifliche Bezahlung, Verbesserung der Speisung, freie Lieferung von Arbeitszeug und Kleidung, gegen die Militarisierung.

Demonstriert für diese Forderungen zum 18. Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September.



SPD.-Mitglieder meutern!

mehr aus der Weltgeschichte ausgelöscht werden kann. Ich wiederhole es noch einmal: es ist Unsinn, sich einzubilden, man könne in den Sozialismus hineinwachsen.“

Der zweite Diskussionsredner, Danneberg, unterstrich die Ausführungen Biehoff's: die SPD.-Führer hätten keine Verbindung mehr mit den Massen. Die SPD. sei keine marxistische Partei mehr. Er sei schon lange nicht mehr mit der Politik der Partei einverstanden; aber er habe nicht zu den Kommunisten gehen wollen, sondern abseits gestanden, wie so viele andere.

Ein dritter Diskussionsredner, Papst, wandte sich gleichfalls gegen die Führer der SPD., die man wegzagen sollte, besonders den Schwäher Dittmann.

Was zeigen diese und zahllose ähnliche Berichte? Sie sind ein Zeugnis dafür, daß die Ereignisse der letzten Jahre nicht wirkungslos an den ehrlichen SPD.-Arbeiter vorübergegangen sind, daß ein immer größerer Teil dieser Proleten das Verbrechen der SPD.-Politik erkennt, daß in den Massen der SPD.-Arbeiter ein starkes Suchen nach dem anderen Weg, dem revolutionären Weg, lebendig geworden ist. Da muß es die besondere Pflicht aller revolutionären Arbeiter sein, diesen sozialdemokratischen Kollegen kameradschaftlich zu helfen, daß sie den Weg zum Klassenkampf, den Weg zur roten Einheitsfront finden.

Fleisch- und Wurst
Richard Krusch
 Breslau, Adalbertstraße 15
 Klosterstraße 49
 Matthiasstraße 166
 Neue Taschenstr. 30
 Tiergartenstraße 26

Partei-
genossen!
Beachtet
 bei allen Einkäufen immer nur unsere

Liegnitz
 Kauft bei
Goschewski,
Goschewski
 ist billig!

Insistenten!
Genossen!
 werbt für
 Eure Presse!

PROLETON Tonfilmbühne
 Gabitzstraße 20
 Höfchenstraße 49

Bis einschließlich Donnerstag den 8. September 1932
 Beginn: Täglich 5.30, 6, 7, und 8.30 Uhr

Auftakt zur neuen Saison!
Hans Albers und Käthe von Nagy
Der Sieger
 Eine sensationelle Geschichte von Liebe mit Hindernissen
Das verlorene Paradies
 Otto Wallburg, Ida Wüst, Paul Grätz
Neueste Tonwochenschau!
 Auf der Bühne:
3 Willons Gymnastischer Kraftakt
Mr. Tuxin Elastische Produktionen auf der Flasche
 Sonntag, den 4. September, 2.30 Uhr, Große Kindervorstellung
Der Wolkenreiter (Im Kampf mit Luftpiraten)
 nebst Beiprogramm
Arbeiter-Sport-Kartell

WERTHEIM

Breslau Tauentzienplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat
 Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt

Frisches Fleisch

Schweinekopfe Pfd. 0.30	Gehacktes . . Pfd. 0.55
Schweinebauch Pfd. 0.58	Gulasch . . . Pfd. 0.58
Kalbshaxe . . Pfd. 0.36	Suppenfleisch Pfd. 0.48
Kalbskamm . . Pfd. 0.48	Speck, durchgemahl. 0.68

Wurstwaren

Blut- und Leberwurst Pfd. 0.52	Jagdwurst . . . Pfd. 0.84
Braunschweiger Art . Pfd. 0.92	Mettwurst, Berliner . Pfd. 0.92
Bierwurst, bayrische Pfd. 0.96	Räucherpeck . . Pfd. an 0.74

Käse und Fette

Ziegelkäse Pfd. 0.20	Limburger ohne Rinde Pfd. 0.48
Bärischer Schweizer Pfd. 0.58	Griebschmalz . . . Pfd. 0.64
Speisefett Pfd. 0.29	Molkereibutter . . . Pfd. 1.22

Kolonialwaren

Bruchreis Pfd. 0.11	Vollreis Pfd. 0.12
Linzen, Erbsen, halbe Pfd. 0.16	Weizenmehl 000 . . Pfd. 0.18
Haferflocken . . . Pfd. 0.21	Weizengries Pfd. 0.22

Konserven

Leipziger Allerlei mit getrocknet. Erbsen 1-Dos. 0.37	Gewürzgurken 4-Pfd.-Dos. 1.08
Vierfrucht-Marmel. 2-Pfd.-E. 0.75	Zweifrucht-Marmel. 2-Pfd.-E. 0.84
Erdbeer-Konfitüre 2-Pfd.-E. 0.98	Aprikosen-Pulp 10-Pfd.-Dos. 2.56

Obst

Tomaten 4 Pfd. 0.10	Zwiebels 3 Pfd. 0.18
Kochbirnen . . . Pfd. 0.13	Brech-Pflanzen . . 2 Pfd. 0.35

Weine

Cyder, süßvergorener	Apfelwein Liter 0.54
Johannisbeerwein, süß, Ltr. 0.66	Wermut Liter 0.72
Rheinwein Liter 0.72	

Räucherwaren

Fette Bäcklinge . . Pfd. 0.19	Makrelen Pfd. 0.28
Marian Pfd. 0.28	Maljesheringe . . 2 Stück 0.25

Geflügel, Wild

Wolfganghner . . Pfd. an 0.58	Hühner, schlesisch. Pfd. an 0.88
Wildragout Pfd. 0.32	

Kalbsrouladen **0.88**
 Pfund

Zervelatwurst II **0.88**
 Partew., 1. Feltd. Pfd.